

kriens

Protokoll

Kriens, 30. Juni 2022

Sitzungsdatum

Donnerstag, 30. Juni 2022

Zeit Ort

13:00 Uhr bis 19:00 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Sascha Frevel
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09
sascha.frevel@kriens.ch



Das Protokoll ist provisorisch und wurde von Einwohnerrat noch nicht genehmigt.

Einwohnerratssitzung 2021/2022 Protokoll Nr. 9

Anwesend

Präsidentin Anita Burkhardt

Einwohnerrat 29 Mitglieder

Stadtrat 5 Mitglieder

Stadtschreiberin Karin Schuhmacher Bürgi

Protokoll Sascha Frevel

Entschuldigt

Raoul Niederberger und Cla Büchi

Traktanden**Traktanden**

1. Mitteilungen
2. Protokoll Nr. 7 vom 24. März 2022
3. Bericht und Antrag: Anpassung des Reglements über Erhebung einer Billettsteuer
2. Lesung Nr. 065/21
4. Bericht und Antrag: Abrechnung Wettbewerbskredit «Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld» Nr. 105/22
5. Bericht und Antrag: Gemeindehaus; Abgabe im Baurecht Nr. 114/22
6. Motion Lengwiler: Kriens in finanzieller Not – Kooperation als Chance
Begründung Nr. 113/22
7. Motion Ziemssen: Wichtiger Beitrag zu einem nachhaltig finanzierten Kriens
Begründung Nr. 116/22
8. Bericht Postulat Albrecht: Hilfloosenentschädigung Heime Kriens Nr. 077/21
9. Bericht Postulat KBVU: Vertrag über die Versorgung mit Trinkwasser Nr. 079/21
10. Bericht Postulat Portmann: Auch die Stadt Kriens braucht ein klar definiertes Zentrum Nr. 080/21
11. Bericht Postulat Solari: Kompetenz für Baubewilligungen ausserhalb der Bauzone Nr. 081/21
12. Beantwortung Interpellation Lengwiler: Aussenbeleuchtung in Kriens – Potenzial zur Reduktion des Energieverbrauchs und Lichtverschmutzung Nr. 097/22
13. Beantwortung Interpellation Albrecht: Erhöhung der Hort-Tarife sorgt für Aufregung Nr. 100/22
14. Fragestunde
15. Verabschiedung: Erich Tschümperlin

Die Pause ist von 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr vorgesehen

Neueingangsliste

- Nr. 116/22 Motion Ziemssen: Wichtiger Beitrag zu einem nachhaltig finanzierten Kriens
Eingang: 20. Mai 2022
- Nr. 118/22 Motion Amrhein: Faire Löhne – Kaufkraft sichern
Eingang: 14. Juni 2022
- Nr. 119/22 Interpellation Ziemssen: Kommt der Systemwechsel vom GSS- zum ISS-Modell an der Sekundarstufe zum richtigen Zeitpunkt?
Eingang: 21. Juni 2022
-

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst alle Anwesenden zur der letzten Einwohnerratssitzung, welche sie leiten darf. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler. Sie begrüsst den Kantonsratspräsident Rolf Bossard.

Entschuldigt hat sich Raoul Niederberger und Stadtrat Cla Büchi. Bettina Gomer-Beacco kommt später.

Die Pausen sind von 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

Im Anschluss der Sitzung trifft man sich im Restaurant Grüene Bode.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Anita Burkhardt-Künzler kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Anita Burkhardt-Künzler dankt für den tollen Einwohnerratsausflug und fasst ihn für die Abwesenden kurz zusammen. Sie übergibt das Wort an den Kantonsratspräsidenten für ein Grusswort.

Für Rolf Bossart sei dies heute total ungewöhnlich. Es sei nicht ungewöhnlich, dass er einen Einwohnerrat besucht, dies habe er sich auf die Fahne geschrieben, weil man rund um Luzern davon spricht. Wie einige vielleicht bereits mitbekommen haben, möchte auch Sursee einen Einwohnerrat einführen. Auf der anderen Seite sei das Motto vom Regierungspräsident und Rolf Bossart «Stadt und Land» und er habe sich mit Marco Frauenknecht und Roger Erni ausgetauscht. Rolf Bossart freut es, dass er an seinem letzten offiziellen Amtstag die Grüsse vom Kanton Luzern übermitteln darf. Wenn Rolf Bossard ein Grusswort überbringt, überlege er sich immer, was für einen Bezug er habe. Er als ursprünglicher ehemaliger Luzerner Hinterländer, hat jedoch nie dort gewohnt. In Eich geboren und nun in Schenkon im Gemeinderat. Sein Bezug zu Kriens sei der Handball. Er habe schon viele Spiele in Kriens gespielt, jedoch nicht so hoch. Etwas höher durfte er dann als Schiedsrichter in dieser Halle stehen. Dies sei sein persönlicher Bezug zu Kriens neben der Pilatusbahn und der Schiessanlage für ihn als Sportschütze. Rolf Bossart wurde gefragt wie er sich an seinem letzten Tag so fühle. Er hatte turbulente 13 Monate. Im ersten halben Jahr hatte er viele Anlässe jedoch immer mit wenig Personen und man hatte nur Masken gesehen. Mit der Zeit wurde es dann immer schöner, als man die Masken nicht mehr gesehen habe. Vielen holen nun auf oder schon vor. Rolf Bossart war an über 150 Anlässen trotz dieser speziellen Lage. Rolf Bossart habe an jedem Anlass etwas gelernt, manchmal auch wie man es nicht machen sollte. Wenn man mit dieser positiven Einstellung unterwegs sei, habe man einen anderen Blickwinkel. Die positiven Eindrücke nimmt Rolf Bossart mit und er freue sich auf die Zukunft. Rolf Bossart freut sich ebenfalls auf seinen Nachfolger und dass er selbst wieder hinten sitzen kann und seine Meinung sagen darf. Rolf Bossart wünscht dem Einwohnerrat eine gute Sitzung.

Es ist ein dringlicher Vorstoss eingegangen, weil die Dringlichkeit gutgeheissen wird dieser als Traktandum 5a behandelt.

2. Protokoll Nr. 7 vom 24. März 2022

Anita Burkhardt-Künzler: stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Anpassung des Reglements über Erhebung einer Billettsteuer Nr. 065/2021

2. Lesung

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen David Schilling.

Reto Felber tritt in Ausstand, da er zu stark tangiert.

Laut Martin Zellweger hat die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung an ihrer letzten Sitzung das Geschäft in der 2. Lesung behandelt. Eine Eintretensdiskussion war nicht mehr erforderlich, die Positionen der Fraktionen haben sich gegenüber der ersten Lesung auch nicht verändert. Die Anliegen der KFG wurden in Form von zwei Anträgen vom Einwohnerrat einstimmig überwiesen und vom Stadtrat für die 2. Lesung aufbereitet. Die Kommission bedankt sich für diese vollständige Umsetzung. Insofern gebe es keine wesentlichen neuen Diskussionspunkte. Zu Fragen und Abklärungsbedarf hat einzig Art. 4 Absatz 1a geführt, welcher besagt, dass Veranstaltungen deren gesamter Reinertrag ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dient von der Steuer ausgeschlossen werden. Hier wäre die Analogie zum Kantonalen Steuergesetz zu prüfen, welches mit ähnlicher Definition eine Steuerbefreiung regelt. Alle wissen, dass der Stadtrat mit der Anpassung der Billettsteuer ein Projekt der Finanzstrategie umsetzt, welches die Einnahmen der Stadt Kriens verbessern soll. Die KFG sei mehrheitlich der Ansicht, dass der Stadtrat in diesem Geschäft vom Einwohnerrat eine möglichst klare Unterstützung erhalten sollte. Die Steuer trifft nicht die Vereine sondern die Nutzniesser von Veranstaltungen, im Speziellen sind es Nutzniesser von Investitionen in Infrastrukturen, welche von der Stadt Kriens gemacht oder ermöglicht wurden. Es sind ebenso Nutzniesser von Beiträgen, welche von der Stadt regelmässig erbracht werden. Ein bisschen monetäres Return on Investment wäre hier also durchaus opportun. Die KFG empfiehlt somit dem Stadtrat mit einer 6:2 Mehrheit das Geschäft zu unterstützen und stimmt dem Beschlusstext zu.

Cyill Zosso bedankt sich im Namen der Grünen/GLP-Fraktion für die Ausarbeitung. Die Stadt Kriens hat ein aktives und attraktives Sport- und Kulturangebot. Über die letzten Jahre hat die Stadt grosse Investitionen in die nötige Infrastruktur gemacht und unterstützt Vereine und kulturelle Angebote in der Stadt direkt oder indirekt. Es wird Aufgabe der Stadt sein, diese direkten und indirekten Förderungsbeiträge transparent aufzuzeigen, damit der Einwohnerratsauber über mögliche weitere Förderungsmaßnahmen bestimmen kann. Die Grüne/GLP-Fraktion anerkennt, wie wohl auch alle anderen Parteien im Saal, die zentrale Rolle der Sport- und Kulturinstitutionen mit ihren extrem vielfältigen Aufgaben und Nutzen für eine lebendige Stadt. Die Grüne/GLP-Fraktion werde sich auch in Zukunft für die Sport- und Kulturinstitutionen einsetzen. Aber geht es wirklich um diese Grundsatzfrage? Der Vorliegende B+A zielt klar nicht auf die Krienser Sport- und Kulturinstitutionen ab. Es wird eine alte Krienser Extraregelung rückgängig gemacht, die bisher spezifische Krienser Institutionen von einer Abgabe befreit hat. Zentral sei hervorzuheben, dass nicht etwa die Sport- und Kulturinstitutionen direkt belastet werden sollen, sondern dass es sich um eine Benutzersteuer handelt. Wer konsumiert, bezahlt einen gewissen Beitrag? Die Vereine sollen also diese Abgabe nicht selber bezahlen, sondern an die Nutzer weitergeben. Bei grossen Anlässen sind dies nicht nur Krienserinnen und Krienser, sondern vor allem auch Auswärtige Besucherinnen und Besucher, die eine Abgabe leisten. Es sei kein taugliches Argument darauf zu verweisen, dass viele Gemeinden im Kanton Luzern die Billettsteuer nicht kennen. Denn es sind oft Zentrumsgemeinden wie Emmen, Ebikon, die Stadt Luzern oder die Stadt Kriens,

welche grosse Institutionen beherbergen und die damit einhergehenden Lasten finanzieren. In einem sich dynamisch entwickelnden Kriens sei gut möglich, dass in Zukunft weit grössere Einnahmen generiert werden können durch die Billettsteuer, auf die die Grüne/GLP-Fraktion nicht verzichten wolle. Mit drastischen und unpopulären Sparrunden, welche durch die Finanzstrategie gerechtfertigt wurden, wurde das Budget immer wieder auch um kleine Beträge zusammengekürzt. Nun habe Kriens eine weitere Möglichkeit, ohne Kürzungen einen gewissen Betrag auf der Einnahmenseite zu generieren, der ebenfalls ein Teil der Finanzstrategie sei. Ob diese noch taugt werde sich zeigen, sollte hier einmal mehr der Unwille aufkommen, auf der Einnahmenseite Anpassungen vorzunehmen. Bei der Unterstützung von Familien sparen, aber keinen Franken mehr für ein Ticket verlangen? Das würde die Grüne/GLP-Fraktion nicht mittragen und werden somit diesem B+A zustimmen.

Martin Zellweger bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht und die Umsetzung der Anträge aus der ersten Lesung. Die SVP-Fraktion habe sich ebenfalls für diese Anpassungen eingesetzt. Auch sie haben ihre Position gegenüber der ersten Lesung nicht verändert. Mit der sonst klaren Haltung gegen die Erhöhung oder Einführung von Steuern, weiche die SVP-Fraktion damit von ihrer eigentlichen Linie ab. Bereits im Kantonsrat hat sich die Fraktion und Krienser Vertreter für eine Beibehaltung dieser Steuer auf kantonaler Ebene stark gemacht. Dies vor dem Hintergrund der Krienser Finanzsituation. Wie bereits früher bemerkt, kennt Kriens als eine der wenigen Gemeinden im Kanton Luzern, die Billettsteuer bereits heute haben. Typischerweise seien es auch Zentrums- und Agglomerationsgemeinden wie Emmen, Luzern oder Ebikon, welche auch eine gewisse Zentrumsinfrastruktur führen und damit auch Veranstaltungsbedingte Kosten direkt oder indirekt stärker mittragen. Die Krienser Variante der Billettsteuer, welche einheimische Vereine ausnimmt sei eigentlich bereits eine sehr einzigartige, egoistische und unfaire Variante, die andern bezahlen lassen, selber nichts beitragen aber in andern Gemeinden von der Befreiung profitieren. Das entspricht eigentlich sowieso nicht dem freiheitlichen Demokratieverständnis von der SVP-Fraktion, das sei nicht ihr Kriens. Es geht der SVP-Fraktion aber in erster Linie um eine klare Zeichen, die Stadt Kriens in der finanziellen Schieflage zu unterstützen. Die SVP-Fraktion mache dies gerade mit dieser Steuer, da sie so als eine faire Abgabe bezeichnet werden kann und den vorher genannten alten Zopf der egoistischen Eigenbevorzugung abschafft. Die Steuer trifft diejenigen, welche von den Infrastrukturen direkt profitieren, deren Bau Kriens mitunter in die finanzielle Schieflage manövriert hat. Es sind nicht die Vereine, welche dies zu finanzieren haben, sondern direkt diejenigen, welche von den Veranstaltungen profitieren, Mitglieder oder nicht-Mitglieder. Es werde bereits da und dort gemunkelt, dass bei einer Annahme dieser Anpassung durch den Einwohnerrat ein Referendum von Seiten der Vereine zu erwarten sei. Man bedenke, dass kleine Vereine mit einem Veranstaltungsumsatz von unter Fr. 10'000.00 pro Jahr nicht eingeschlossen sei. Wie gehört - auch Veranstaltungen deren gesamter Reinertrag ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dient sei von der Steuer ausgeschlossen. Es geht hier also beispielsweise um Grossvereine SC Kriens, den HC Kriens-Luzern, das Museum im Bellpark. Bedenkt man, dass sich Kriens mit dem Kleinfeld in grosse Unkosten gestürzt hat, mit der Pilatusarena grossartige Rahmenbedingungen für den HCKL schafft, mit Schappe Süd einen einzigartigen Kulturraum geschaffen hat, einen neuen Pilatussaal präsentiert, so sei es in der aktuellen finanziellen Situation durchaus vertretbar, dass die Besucher d.h. die Nutzniesser dieser Einrichtungen auch ihren Beitrag leisten. Dafür müssten eigentlich auch die betroffenen Vereine klar Verständnis haben und dazu stehen, sie profitieren auch von der geschaffenen Infrastruktur. Ein Referendum unterstützt durch diese Grossvereine, welche mitunter zusätzlich noch von regelmässigen – nicht kleinen - Beiträgen der Stadt Kriens profitieren, würde bei der SVP-Fraktion und wahrscheinlich vielen Steuerzahlern auf Unverständnis stossen. Persönlich würde Martin Zellweger ein solches Verhalten als Undankbarkeit gegenüber dem Krienser Steuerzahler erachten. Die SVP Kriens sei jederzeit bereit über eine Abschaffung dieser Steuer zu diskutieren, sollte sich die finanzielle Lage der Stadt wieder normalisieren und dies zulassen.

Beat Tanner fasst die Meinung der FDP-Fraktion kurz zusammen. Die Vorlage bringt der Stadt Kriens nicht viel, löst keine Probleme, schadet jedoch den Krienser Vereinen. Mit der vorliegenden Anpassung vom Billettsteuerreglement hält der Stadtrat an seiner ersten Version fest und schlägt die Änderung zu Lasten von den Veranstaltern, Sport- und Kulturinstitutionen vor. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei dies ein falscher Weg.

Zum einen helfe es mit den Mehreinnahmen von der Stadt Kriens nur unwesentlich und der höhere Verwaltungsaufwand mache dies grösstenteils wieder weg. In der Stadt Kriens seien viele Vereine tätig und bringen einen hohen Nutzen für das gesellschaftliche Leben. Sportvereine, Quartiervereine, Musikgesellschaften oder andere Organisationen tragen massgebend dazu bei, dass alle Krienserinnen und Krienser ein breites Angebot an Freizeitbeschäftigung nutzen können. Das positive Wirken zu Gunsten von Kinder und Jugendlichen sei äusserst wichtig. Gerade im Sport bestehe eine grosse Chance soziale Kompetenzen und Integrationsbereitschaft nachhaltig zu vermitteln. Es sei ebenfalls ein Schuss ins Bein für alle, die Freiwilligenarbeit leisten. Es werde immer gesagt, dass die Vereine nicht belastet werden, weil die Steuern von den Nutzern bezahlt werden. Es sei natürlich so, dass beim Sportclub Kriens die Junioren eine Jahreskarte erhalten, damit sie die Spiele schauen können. Diese Karten werden ebenfalls mit Billetsteuern belegt. Es wird geschaut wieviel eine solche Karte kosten würde und man stellt dann dem SC Kriens eine entsprechende Rechnung. Da die Mehrheit vom Parlament sich schon in der letzten Lesung für die Reglementsänderung ausgesprochen habe, bleibt der FDP-Fraktion momentan nur die Ablehnung. Eine Zweckbindung von der Mittel für die Unterstützung von Krienser Vereinen, möchte die Mehrheit vom Parlament nicht. Eine Abschaffung von der Billetsteuer findet keine Mehrheit. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei Kosten-Nutzen nicht gegeben und der Schaden für die Krienser Sport- und Kulturvereinen sei deshalb hoch. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Reglementsänderung ab.

Laut Andreas Vonesch bekräftigt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion heute ihre Haltung aus der ersten Lesung und wird der Anpassung des Reglements zustimmen. Ihre damalige Argumentation dazu habe nach wie vor Gültigkeit. Andreas Vonesch werde diese deshalb nicht wiederholen. Die entsprechenden Anpassungen aus den Diskussionen bei der ersten Lesung seien nun korrekt eingeflossen. Die Jungpartei vertritt wie in der ersten Lesung eine andere Meinung zum Geschäft. Die Mitte respektiere ihre Sichtweise. Als Die Mitte-Fraktion möchten sie nochmals hervorheben, dass mit der Anpassung des Reglements eine Optimierung der Einnahmenseite erfolgt, welche einer Massnahme aus dem Planungsbericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» entspricht. Kriens sei auf diese wichtigen Einnahmen angewiesen. Auch wenn die erwarteten Mehreinnahmen von Fr. 150'000.00 bis Fr. 200'000.00 marginal erscheinen, seien sie ein wichtiger Beitrag zur Gesundung der Finanzen. Und schlussendlich profitieren ja gerade wieder Institutionen und Vereine aus Kultur und Sport durch Fördergelder der Stadt. Andreas Vonesch möchte an dieser Stelle seinen Appell von der KFG wiederholen. Mit einer geschlossenen Haltung des Einwohnerrates setze der Einwohnerrat nach aussen ein klares Bekenntnis, dass der Einwohnerrat den Stadtrat in seinen Bemühungen zur Verbesserung der städtischen Finanzen unterstütze und das bei der Anpassung einer bestehenden Steuer, die nicht giesskannenartig erhoben wird, sondern diejenige zu entrichten haben, wo durch den Besuch eines Anlasses oder Events eine Dienstleistung in Anspruch nehmen. Und mit der gemeinsamen Haltung könne vielleicht auch die Gefahr von einem drohenden Referendum minimiert werden.

Michael Portmann fragt, seit wann es die Billetsteuer gebe. Die Antwort können man im B+A 129/2009 nachlesen. Die Billetsteuer wurde 1920 eingeführt. Als dann der Aufwand zu gross und die Einnahmen zu klein wurden, wurde die Billetsteuer 1988 abgeschafft. Bereits 2001 verlockten Mehreinnahmen von Kino's und Dancing's die Krienser Politik wieder zur Einführung der Billetsteuer. 2010 wurde die Billetsteuer revidiert. Die Idee war die Sportvereine von der Billetsteuer zu befreien, weil sie nicht als gemeinnützig galten. Spannenderweise wurde damals schon von der FDP-Fraktion so argumentiert, dass die Steuer vor allem die Krienser Vereine treffe und nicht die Besucher der Veranstaltungen. Damals wurde dann exakt der Artikel 4c) eingeführt, welchen der Einwohnerrat heute streichen soll. Und heute 2022 revidiere man also wieder in «Gegenrichtung». Michael Portmann fragt nach dem Anlass. «Wir müssen die Finanzstrategie umsetzen», sage der Stadtrat. Projekt FS024 stellt für die Billetsteuer Mehreinnahmen von Fr. 200'000.00 in Aussicht. Dazu muss aber der Artikel 4c) gestrichen werden. Der Betrag von Fr. 200'000.00 wird aber gleich relativiert. Er sei deutlich zu klein, um die heutige Kultur- und Sportförderung zu finanzieren. Bereits 2010 lockten die Fr. 200'000.00, wobei damals ehrlicherweise noch auf den Aufwand von 80-100 Arbeitsstunden hingewiesen wurde, welcher in der Stadtverwaltung entsteht. Heute scheint kein Aufwand mehr zu entstehen, wenn die Billetsteuer eingezogen wird. Warum also dieses Hin und Her heute für Mehreinnah-

men von ca. Fr. 200'000.00? Wieder locken Mehreinnahmen, weil neue Vergnügungstempel wie die Pilatusarena, das neue Stadion Kleinfeld, das Kulturhaus Südpol, das Konzerthaus der Luzerner Symphonie usw. entstanden sind oder entstehen. Es sei die Sache der Veranstalter und Veranstalterinnen, dass sie die Billettpreise entsprechend erhöhen. Nun soll also die über 100 Jahre alte, etwas verstaubte Billettsteuer aus der Finanzküche der Stadt Kriens die Stadtfinanzen retten. Wurde dabei an alle Details gedacht? Im B+A 129/2009 heisst es, dass eine Steuer dann sinnvoll sei, wenn mit vernünftigem Aufwand ein sinnvoller Ertrag erreicht werde. Wie sieht das mit der heutigen Version der Billettsteuer aus? Michael Portmann hat dazu folgende drei Punkte. 1. Der Kanton Luzern befreit mit dem § 70 h) Steuergesetz SRL620 juristische Personen dann von den Steuern auf, wenn sie als öffentlich und/oder gemeinnützig gelten. Um den Aufwand der Abklärungen zu minimieren, gibt es eine Liste im Internet, welche zeigt, wer als steuerbefreit gilt. Gemäss dieser Liste wäre das Museum im Bellpark steuerbefreit. Da gebe es einen hohen Bedarf an rechtlicher Abklärung. Laut Michael Portmann verfeinern kommunale Gesetze die kantonalen Gesetze. Mit dem Prädikat Steuerbefreit gibt es keine Möglichkeit mehr, etwas zu verfeinern. Wer auf der Liste des Kantons steht, gilt als gemeinnützig und damit steuerbefreit, also auch von der Krienser Billettsteuer. 2. Sobald dieses Kriterium gilt, dann gebe es sicher noch weitere Vereine, die wegen ihrer Gemeinnützigkeit als steuerbefreit gelten. Michael Portmann stelle sich vor, dass es bald Gesuche um Steuerbefreiung hageln wird. Da diese bis spätestens drei Tage vor der Veranstaltung eingegeben werden müssen, wird der Aufwand in der Stadtverwaltung deutlich grösser werden. Wenn Michael Portmann das richtig verstanden habe, braucht ein Gesuch am Schluss einen Stadtratsbeschluss. Das klinge nach viel Aufwand. 3. Dass dieses Kriterium vermutlich «verhebt», zeigt der Artikel 4c). Er wurde ja extra eingeführt, um Sportvereine respektive Unternehmen in Sport und Kultur von der Billettsteuer zu befreien. Das wäre dann auch der Vorteil eines solchen, klar definierten Kriteriums für die Gemeinnützigkeit. Weil ein solches Kriterium fehlt, entsteht Unsicherheit bei den betroffenen Vereinen, was wiederum die ganze Vorlage arg gefährde. Die SP-Fraktion möchte alle hier im Rat daran erinnern, was seriöse Finanzpolitik bedeutet. Einnahmen sollen dem Aufwand gegenübergestellt werden, damit der Nettoertrag sichtbar wird. Wenn die Billettsteuer angepackt werden, so sollen echte Einnahmen entstehen. Grundsätzlich finde die SP-Fraktion es richtig, dass die Stadt Kriens von den Unternehmen in Kultur und Sport etwas zurückerhält, weil doch in den letzten Jahren auch Infrastrukturkosten angefallen sind. Die SP-Fraktion gebe der Billettsteuer eine Chance. Die SP-Fraktion möchte allerdings vom Stadtrat zuerst hören, wie er das Kriterium gemeinnützig definieren und veröffentlichen will. Sei dem so, dann stimme die SP-Fraktion gerne der Billettsteuer zu. Andernfalls werde die SP-Fraktion vermutlich auch mehrheitlich zustimmen, weil sie die Finanzstrategie mittragen. Sie weisen den Stadtrat aber in aller Deutlichkeit darauf hin, dass er mit dieser nicht ganz ausgereiften Vorlage wieder eine Abstimmung und damit eine Niederlage riskiert. Ein ziemlich grosser Widerspruch zu der Finanzstrategie, welche sich der Stadtrat selbst zur Aufgabe gemacht hat und die er umsetzen will

Laut Beda Lengwiler halte Die Junge Mitte eine Anpassung des Reglements über die Billettsteuer in der Form wie sie nun vorliegt, nicht für Sinnvoll. Die Änderung, welche Die Junge Mitte nicht akzeptieren kann, sei, dass ortsansässige Vereine wie der SCK, HCKL und der Südpol zukünftig auch eine Billettsteuer zahlen müssen. Dass die Billettsteuer nicht ortsansässige Vereine besteuert, macht Sinn. Doch dass die Stadt Kriens die ortsansässigen Vereine besteuert, sei ein neuer Tiefpunkt. Diese Anpassung sei ihrer Meinung nach nur tragbar, wenn die Stadt Kriens mindestens 50 % des Ertrags für die Förderung von Kultur und Sport zweckbindet. Und klar, Kriens hat finanzielle Probleme und müsse schauen, dass keine roten Zahlen mehr geschrieben werden. Doch wie gross sind die zusätzlichen Einnahmen durch die Billettsteuer tatsächlich? Beda Lengwiler sei der Meinung, dass die Einnahmen sicher nicht so hoch sein werden, dass sie den Ärger und den Schaden, welche die Steuer bei den Vereinen anrichtet, aufwiegt. Auch wenn es heisst, dass die Besucher besteuert werden, sei dies in der Praxis anders. Schlussendlich regelt es der Markt. Je nachdem wie elastisch die Ticketpreise der einzelnen Veranstalter sind, trägt der Verein anschliessend die Steuer. Kriens könne die Stadtfinanzen nicht auf dem Buckel der ansässigen Kultur- und Sportvereine und der oft jugendlichen Zuschauer ins Lot bringen. Die Kultur- und Sportförderung sei wichtig und soll nicht geschwächt werden. Wenn Steuern erhöht werden, muss das über eine Erhöhung des Steuerfusses für die Einkommens- und Vermögenssteuern passieren und nicht über Sondersteuern, wie die Billettsteuern. Es sei offensichtlich, was passieren wird, wenn das Reglement in dieser Form angepasst wird. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum. Es sei mittlerweile auch bekannt, wie die Krienser Bevölkerung zu

Spezialsteuern stehe. Die vergleichbare Nachkommenerbschaftssteuer wurde mit einem grossen «Nein» abgelehnt - und die Nachkommenerbschaftssteuer betraf nur wenige einzelne Einwohnerinnen und Einwohner von Kriens. Man könne sich vorstellen, was mit der Billettsteuer, welche viel mehr Krienserinnen und Krienser betrifft, passiert wenn sie vors Volk kommt. Der Stadtrat muss die Steueranpassung bringen, dass sei klar. Doch der Einwohnerrat müsse die Anpassung in diesem Rahmen nicht annehmen. Aus diesem Grund habe Die Junge Mitte einen Mittelweg vorgeschlagen. Die Junge Mitte wollte die Billettsteuer wie gewünscht anpassen, jedoch unter der Bedingung, dass das Geld, welches durch die Steuer eingenommen wird, zur Förderung der Krienser Kultur- und Sportvereine verwendet werde. Durch diese Zweckbindung habe Die Junge Mitte in der 1. Lesung einen vernünftigen Mittelweg vorgeschlagen. Doch leider scheine es Beda Lengwiler, dass im Einwohnerrat gar keine Lösungen mehr gesucht werden, sondern dass alle versuchen, ihre radikale Meinung ohne Kompromissbereitschaft durchzuziehen. Wenn der Einwohnerrat so weitermache und der Einwohnerrat keine Kompromisse eingehen möchte, schade dies der Stadt Kriens und der ganzen Bevölkerung stark. Die Junge Mitte könne die Anpassung in diesem Ausmass ohne eine Zweckbindung der Erträge nicht akzeptieren. Der zusätzliche Ertrag sei in der Relation zum Aufwand und dem Ärger viel zu klein. Deshalb werde Beda Lengwiler die Änderung des Reglements in der Schlussabstimmung ablehnen und bittet alle, dies ebenfalls zu tun.

Erich Tschümperlin findet es etwas hart, wenn Beda Lengwiler sagt, dass auf dem Buckel der Krienser Vereine die Finanzen saniert werden. Erich Tschümperlin möchte daran erinnern, was ein grosser Aufwand die Stadt Kriens hat, wenn zum Beispiel nach dem Handball die Wände vom Harz befreit werden müssen. Zudem erinnert Erich Tschümperlin, dass die Stadt Kriens das Stadion Kleinfeld abzahlt in den nächsten 20 Jahren. Die Stadt Kriens gibt ein paar Hunderttausend Franken dem Museum Bellpark. Wenn man also eine Zweckbindung macht wäre am Schluss weniger Geld da als jetzt. Erich Tschümperlin hatte auch schon gefordert, dass einmal die effektiven Kosten für Vereine ausgewiesen werden. Es stimme also nicht, wenn man sagt, dass auf dem Buckel der Krienser Vereine die Finanzen saniert werden.

Cyrill Zosso hat viele bedenken gehört zur Streichung vom Absatz 4c. In der Stadt Luzern bestehe ein fast identisches Reglement ohne Absatz 4c. Man soll sich austauschen bevor aufwändige Rechtsabklärungen gemacht werden. Es gehe darum die Frohnarbeit zu anerkennen und das wird auch nicht untergraben. Es ging auch noch um den Verwaltungsaufwand, welchen die Steuereinnahmen zu Nichte mache. Kriens nehme die Steuern bereits ein, einfach noch nicht bei allen Vereinen. Aufwand sei also bereits da. Heute muss noch geschaut werden, ob Steuern bezahlt werden müssen oder nicht also werde der Aufwand nicht grösser. Für Cyrill Zosso sei es auch eine Richtungsstellung für die Zukunft. Es gehe nicht nur um den Betrag, welcher heute eingenommen wird, sondern auch darum was in Zukunft in Kriens passieren werde. Kriens sei eine dynamische Stadt. Das Kultur- und Sportangebot werde sich verändern. Auf diese Mehreinnahmen zu verzichten sei der falsche Weg. Bei einer Zwecksbindung könne man nach Luzern schauen. Da mache es Sinn, da Luzern 5.1 Millionen Franken einnehme. Dies sei im Vergleich zu Kriens mit ca. Fr. 200'000.00 ein massiver unterschied. Wenn Kriens auf demselben Niveau wie Luzern sei, könne man nochmal über eine Zweckbindung sprechen. Man sollte zuerst noch schauen, wo das Geld ausgegeben werde. Cyrill Zosso hat grundsätzlich nichts dagegen, wenn dieses Geld wieder für die Vereine ausgegeben werde. Wenn er jedoch in einer Aussage der FDP zum Budget 2022 höre: «Das Budget 2022 ist mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Budgetierten Aufwandüberschusses zurückzuweisen», überlege sich Cyrill Zosso zweimal, wo dieses Geld eingesetzt werden sollte. Hier zu sagen es sei ein marginaler Betrag und dieser benötigt Kriens nicht, dann jedoch bei Familien oder bei der Spitex das Geld einzufordern, findet Cyrill Zosso nicht fair.

Michael Portmann findet der Einwohnerrat müsse als Legislative auch prüfen, ob das vorliegende Reglement Sinn macht. Dabei gelte es auch immer mal wieder Tabus anzusprechen. Wurden also alle Veranstaltungen im Bereich Kultur bezüglich Billettsteuer abgehandelt? Wie wichtig die Klärung dieser Frage wäre, zeigt für Michael Portmann folgendes Beispiel. Die Galli Zunft nutzt jedes Jahr den öffentlichen Raum in Kriens für

den Fasnachtsumzug. Wer diese Grossveranstaltung besuchen will, soll eine Plakette kaufen, seiner Meinung nach ein Billett aus Metall. Damit wäre doch auch die Galli Zunft respektive der Fasnachtsumzug Billettsteuer-pflichtig. Nein, sei das nicht so? Dann wäre es also auch sehr spannend vom Stadtrat zu hören, warum die Fasnacht-Plaketten nicht teurer werden oder was denn beim Fasnachtsumzug anders als bei anderen Krienser Vereinen als gemeinnützig gelte. Auch dieses Beispiel zeige, wie wichtig eine Abgrenzung bezüglich Gemeinnützigkeit wäre und dass die Abgrenzung in dieser Vorlage fehle. Man stelle sich vor was passiert, wenn andere betroffene juristische Personen ebenfalls statt Billette Plaketten verkaufen und so die Billettsteuer umgehen. Michael Portmann würde gerne wissen, wie der Stadtrat mit dieser Problematik umgehe und ob er dazu Lösungen bereithält. Im Sinne der Rechtssicherheit und Gleichbehandlung wäre es sicher sinnvoll solche Fragen jetzt zu klären, bevor der Einwohnerrat ein Reglement für die Billettsteuer in Kraft setze, welches zwar Fr. 200'000.00 Einnahmen in Aussicht stelle, aber vorerst nur Aufwand bedeute.

Laut Roger Erni ist die Vorlage ausgereift. Zweckbindung sei ein Fehler, weil die Stadt Kriens die Vereine um ein x-faches mehr unterstütze. B-Sides vor wenigen Tagen. Über 4'400 Zuschauer. Ein absoluter Erfolg auf dem Sonnenberg. Durchschnittlicher Billettpreis ungefähr Fr. 50.00. Billetertrag ungefähr Fr. 200'000.00. Bis Ende Juli werden Billettsteuern eingereicht von der B-Sides und es werden ca. Fr. 20'000.00. Im Jahr 2021 war der totale Steuerertrag in dieser Position Fr. 10'000.00. Der Stadtrat dankt für die breite Unterstützung vom Einwohnerrat. Die Stadt Kriens befinde sich immer noch in einer finanziell herausfordernden Lage. Der Stadtrat werde sich nächsten Mittwoch mit dem Budget 2023 beratend im C-Geschäft auseinandersetzen. Seit zwei Jahren hat Kriens den Bericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» und es wurde erwähnt, dass dies das Projekt Nummer 24 sei. Nach der ersten Lesung mit den Anträgen von der KFG, welche der Stadtrat eingepflegt habe, sei der Stadtrat nun soweit, dass er finde man kann dies nun dem Einwohnerrat zu Abstimmung geben. Danach möchte evtl. das Volk über ein Referendum noch eine Volksabstimmung beantragen. Wenn man die Auslegeordnung betrachtet und man weiss, dass die Vereine im Kultur und Sport und Gesellschaft von der Stadt Kriens unterstützt werden und jetzt durch die Abschaffung von diesem Artikel mitbetroffen sei. Da muss Roger Erni nochmal erwähnen, dass der Verein durch die Steuern nicht direkt betroffen werden sollte, sondern das Steuerobjekt wäre die Veranstaltung und das Steuersubjekt wäre eigentlich der Verein oder dort wo die Veranstaltung stattfindet. Und der Verein muss dann überlegen, ob er die Billettpreise erhöhen möchte. Diese Entscheidung wird jedoch dem Verein überlassen und der Stadtrat sagt dazu nichts. Es sei jedoch wichtig, wie dies Michael Portmann gesagt habe, gibt es eine Liste mit Organisationen mit ausschliesslich Gemeinnützigem Zweck. Die Formulierung die gestrichen wird, heisst Gemeinnützige Stiftung und Artikel 4 Absatz 1a heisse es Gemeinnütziger Zweck. Roger Erni werde in der Detailberatung aufzeigen, was das Museum Bellpark unternehmen muss, damit sie nicht von der Steuer betroffen sind. In der zweiten Lesung sei für den Stadtrat nichts neues hinzugekommen und der Stadtrat könne ein Fazit ziehen nach diesen zwei Lesungen. Es wurden viele Gespräche geführt, nicht nur hier im Einwohnerrat sondern auch mit Vereinen, der Verwaltung und innerhalb vom Stadtrat. Die Vereinsunterstützung sei weit über eine Million gross, diese Zahl sei bereits seit ein paar Monaten auf dem Tisch, und die Zweckbindung wären ca. Fr. 100'000.00. Der Stadtrat werde schauen wie dies genau kommuniziert werden soll. Der Stadtrat sei auch der Überzeugung, dass die Pilatusarena eine Chance für Kriens sei. Die Steuer treffe nicht den Verein, der Stadtrat hat das Gefühl, dass sie hier eine ausgewogene Auflage haben, welche der Krienser Stadtfinanzen entspreche. Roger Erni freue sich auf die Detailberatung und werde dann ganz genau auf die Tafel schauen, wenn es um die Abstimmung gehe.

Detailberatung

Seite 3 Artikel 4 Steuerbefreiung

Roger Erni empfiehlt die Synopse anzuschauen. Dort stehe klar, dass Veranstaltungen mit ausschliesslich Gemeinnützigem Zweck von der Steuer befreit sei. Hier werden die Organisationen mit ausschliesslich gemeinnützigem Zweck im Kanton Luzern angeschaut. Im Artikel zwei stehe «ein Gesuch um Steuerbefreiung». Am Anfang werde dies wahrscheinlich etwas Bürokratisch. Das Museum im Bellpark müsse also nun folgendes unternehmen, weil diese per se als Steuersubjekt nicht ausge-

geschlossen sind. Diese haben teilweise Museumseintritte oder Veranstaltungen, welche eigentlich Steuerpflichtig wären. Nun können diese jedoch Aufgrund von Artikel 4 Absatz 1 sagen, dass sie auf der Liste seien und müssen dann für die Steuerbefreiung sicher einmalig ein Gesuch einreichen. Die Steuererklärung muss von der juristischen Person jedes Jahr eingeschickt werden mit dem Vermerk, dass sie auf der Liste stehe. Der Kanton prüft dies und gibt dann die Rückmeldung und im nächsten Jahr wird wieder eine Steuererklärung gesendet. Das Finanzdepartement wird schauen wie dies mit den Billettsteuern gemacht werde. Es kam der Tipp, dass man in Luzern nachschauen soll und da werde die Stadt Kriens bestimmt nachfragen.

Karin Schumacher liest den Beschlusstext vor:

1. *Das Reglement über die Erhebung einer Billettsteuer (Nr. 9011) wird gemäss Vorlage festgesetzt.*
2. *Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem fakultativen Referendum.*
3. *Das Reglement wird zur Genehmigung dem Regierungsrat unterbreitet.*
4. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über Beschlusstext

Mit 20:7 Stimmen wird der Beschlusstext angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Räto	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

4. Bericht und Antrag: Abrechnung Wettbewerbskredit «Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld»

Nr. 105/2022

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen Daniel Hofmeister.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der KFG beim verantwortlichen Finanzdepartement, dem Abteilungsleiter und zugleich Projektleiter Daniel Hofmeister für diese Punktlandung und Disziplin. Die Pressemitteilung und die Presseberichte haben es bereits im Vorfeld angekündigt. Kriens hat wieder einmal ein Projekt unter dem gesprochenen Budget abgehandelt und sogar den ursprünglich gesprochenen Kredit mehr oder weniger eingehalten. Die KFG erachte dies als Wirkung des bereits verbesserten Controllings, welches der KFG auch schon in anderem Zusammenhang aufgezeigt wurde. Bei Erkenntnis der Notwendigkeit einer Bereinigungsstufe konnte frühzeitig eine Kostenprognose den zusätzlichen Bedarf von Fr. 30'000.00 aufgezeigt und beantragt werden. Dass dieser Zusatzkredit dann nur marginal benötigt wurde, zeige einen verantwortungsvollen Umgang mit den gesprochenen Mitteln und entspreche den Erwartungen im Umgang mit den zur Verfügung gestellten Finanzen. Die KFG habe in der Kommission verschiedene Fragestellungen diskutiert – Sachverhalte wurden ihnen sehr kompetent und nachvollziehbar aufgezeigt. Auch den Sinn der Bereinigungsstufe wurde plausibel dargestellt. So konnten zwei gleichwertige Projekte nochmals bewertet werden, frühzeitig, um den Entscheid fundiert und nachhaltig zu fällen. Festgestellt wurde, dass die mit dem ursprünglichen Kredit vom Einwohnerrat überwiesenen Bemerkungsanträge nur marginal erwähnt wurden. Hier erwartet die Kommission zukünftig sicher eine explizite Erklärung in einem Bericht, wie mit solchen Bemerkungen umgegangen werde, ob sie Beachtung gefunden haben oder nicht. Interessiert hat die KFG ebenfalls die finanzielle Abhandlung des Geschäfts, und eine korrekte Prüfung und Festlegung der notwendigen Bewertungen sowie des Baurechtszinses sei der Kommission sehr wichtig. Der grosse Betrag an Nebenkosten wurde anlässlich der KBVU Sitzung angefragt. Erklärt wurde er der KFG vor allem mit den Kosten für die Erstellung der zahlreichen Modelle, sowie der Abhandlung des anonymen Wettbewerbsverfahrens über einen Notar. Der Zeitplan für das Gesamtprojekt scheint sportlich zu sein und gelte vorerst als Zielsetzung, da durchaus Einsparungen wiederum zu Verzögerungen führen könnten. Die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung bedankt sich beim Stadtrat und der verantwortlichen Abteilung für den Bericht, das Resultat. Die KFG habe dem Beschlusstext einstimmig zugestimmt und empfehlen dem Einwohnerrat somit die Abrechnung zu genehmigen.

Laut Mathias Erni stellt die KBVU ein einheitliches Eintreten von allen Parteien fest. Alle Parteien sind sich einig, dass das Projekt einen sehr hohen Nutzen aufweist. Der Bericht sei sorgfältig erarbeitet und weise keine Mängel auf. Auch wenn der Abriss vom Gebäude einigen Parteien etwas schmerzt, sehen alle den Mehrwert vom Projekt «Tre Giardini» und seien überzeugt, dass Kriens nicht nur professionelle Pflegeplätze erhält, sondern auch städtebaulich aufgewertet werde. Auch seien die Mehrkosten eines Neubaus nicht erheblich höher gegenüber dem Abriss - und daher gerechtfertigt. Zu diskutieren habe innerhalb der Kommission die Herkunft vom verwendeten Holz gegeben. Die Formulierung sei etwas unklar wurde festgestellt. Die Kommission verzichtet aber auf einen Antrag zu diesem Punkt, weil die Regionalität explizit erwähnt ist und hat deshalb auch nicht über einen solchen abgestimmt. Abschliessend stellt die Kommission fest, dass das Wohnen im Alter derzeit stark in Bewegung ist und dieses Siegerprojekt durch den modularen Aufbau den Anforderungen gerecht werde. Es gilt jetzt das Projekt im vorgegebenen Kosten- und Zeitrahmen umzusetzen. Die KBVU dankt allen Beteiligten für diesen sorgfältigen Bericht und stimmt einstimmig zu.

Laut Erich Tschümperlin sei die Grüne/glp-Fraktion mit diesem B+A leider nicht zufrieden. Der Stadtrat schreibe in der Einleitung, dass der B+A am 12. Dezember 2019 vom Einwohnerrat genehmigt wurde. Leider stehe im B+A nirgends für welchen Wettbewerbskredit diese Abrechnung sei. Es sei der B+A Nr 254/2019 «Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld Wettbewerbskredit». Ein Detail, aber ein

Hinweis welchen B+A der Einwohnerrat hier abrechnen wäre sicher angebracht. Was die Grüne/glp jedoch mehr störe, sind fehlende Aussagen zu den überwiesenen Bemerkungsanträgen bei der Behandlung des Kredits an der Einwohnerratssitzung vom 12. Dezember 2019. Der erste Bemerkungsantrag von Michael Portmann, überwiesen mit 26:0 Stimmen. «Der Stadtrat soll im Architektur-Wettbewerb die Anforderungen an den Neubau Grossfeld so festlegen, dass er als Holzbau oder als Holzhybridbau wenn möglich mit einheimischem Holz realisiert werden kann. Die Holzbauweise muss von Beginn weg in der Aufgabenstellung festgelegt werden, damit die Projektverfasser ein kostengünstiges Projekt konzipieren können.» Es handle sich hier um einen klaren Auftrag dies auch im Projektwettbewerb zu fordern. Im vorgelegten B+A stehe dazu lediglich: «Die Veranstalterin konnte sich für die Neubauten auch ein Holz- oder Holzhybridbauweise vorstellen. Im Betriebsplan für den Wald der Stadt Kriens hat der Stadtrat folgendes Ziel verabschiedet: Bei gemeindeeigenen Bauvorhaben wird nach Möglichkeit eigenes bzw. regionales Holz verwendet.» Auch bei den Kriterien auf Seiten 8 und 9 findet sich kein Hinweis, dass die Verwendung einer Holzbauweise relevant sei. Selbst bei Kriterium «Ökologie / Ökonomie» auf Seite 9 werde dies nicht erwähnt. Die Grüne/glp-Fraktion möchten gerne wissen, ob der Auftrag des Einwohnerrates in den Wettbewerb aufgenommen wurde oder nicht. Und wie es mit dem Projekt weitergehe bezüglich dem klar bezeugten Willen des Einwohnerrates. Der zweite Bemerkungsantrag der Die Mitte/Die Junge Mitte, überwiesen mit 18:8 Stimmen «Der Stadtrat soll im Architektur-Wettbewerb beim Raumprogramm unter der Nutzung im öffentlichen Bereich festlegen, dass die Dachgärten/Dachterrassen so ausgestaltet werden, dass sie eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen und für die Öffentlichkeit zugänglich sind.» Zu diesem Bemerkungsantrag findet die Grüne/glp-Fraktion im vorliegenden B+A überhaupt nichts. Auch hier möchten die Fraktion gerne wissen, ob der Auftrag des Einwohnerrates in den Wettbewerb aufgenommen wurde oder nicht. Und wie es mit dem Projekt weitergehe bezüglich dem klar bezeugten Willen des Einwohnerrates. Es sei der Grünen/glp-Fraktion klar, dass dies «nur» Bemerkungsanträge sind. Bemerkungsanträge zu einem Kredit sind ihrer Meinung nach aber hoch zu gewichten. Der Einwohnerrat habe keine andere Möglichkeit Einfluss auf den B+A zu nehmen, wenn der Einwohnerrat den B+A nicht zurückweisen will. Eine Rückweisung wegen dieser zwei Punkte wäre unverhältnismässig und zeitraubend. Deshalb darf der Einwohnerrat auch erwarten, dass er ernst genommen werde und ganz speziell dann wenn sie ohne Gegenstimme mit 26:0 überwiesen werden. Wenn der Stadtrat dies anders handhabe, dann bleibe dem Einwohnerrat in Zukunft nichts anderes übrig als Kredite zurückzuweisen. Im B+A sei der Grünen/glp-Fraktion bei der Empfehlung der Jury (Seite 10 unten) folgende Punkte aufgefallen, die für die Weiterbearbeitung zu beachten seien: «Die Wirkung (Lage) des Wohngebäudes im Kontext sei zu prüfen. » Es erstaune die Grüne/glp-Fraktion sehr, dass die Lage auch nach dem Wettbewerb noch nicht geklärt sind. «Der Aspekt des Ideenreichtums in der Freiraumgestaltung sei positiv. Die Verbindung Hofmatt in das südöstlich gelegene Quartier sei, durch das feine Wegnetz, eher unklar.» Auch dies erstaune die Grüne/glp-Fraktion, sei die Durchlässigkeit und Erschliessung doch einer der zentralen Punkte für ein öffentliches Gebäude. «Die Konstruktion ist noch einmal zu hinterfragen und weiter zu entwickeln.» Weshalb und was bedeute dies? Speziell im Hinblick auf einen Holzbau interessiert die Grüne/glp-Fraktion dieser Aspekt sehr. Ferner steht im Jurybericht: «Insbesondere dank der inneren Organisation betrieblich ein sehr gutes Projekt, welches einem grossen Teil der zahlreichen und teilweise schwer in Einklang zu bringenden Ansprüchen genügt, aber städtebaulich und formal nicht vollständig überzeugt.» Trotz einem zweistufigen Wettbewerbs habe Kriens ein Projekt das städtebaulich noch nicht überzeugt. Für die Grüne/glp-Fraktion stellt sich die Frage, wie die aufgeführten Punkte weiterbearbeitet werden und wie die Stadt sicherstellt, dass dieses Projekt die gesetzten Anforderungen erfüllt. Dies war der Auftrag des Wettbewerbs und sollte sicherstellen, dass sich dieses Gebäude mitten in Kriens gut integriert und die notwendige städtebauliche Qualität erfüllt. Dies wird auch beim B+A 254/2019 Wettbewerbskredit (Seite 11) betont: «Der städtebauliche Aspekt wird berücksichtigt, indem dem Aussenraum als Freiraum eine massgebende Bedeutung zugemessen wird. Die Bedeutung wird dadurch ausgedrückt, dass Teams aus Architekturbüros und Landschaftsarchitekturbüros bilden müssen und bereits in der 1. Stufe des Wettbewerbs ein Freiraumkonzept erarbeiten müssen.» Wenn die Grüne/glp-Fraktion die Empfehlungen der Jury zur Weiterbearbeitung durchschauen, dann haben sie den Eindruck, dass der Wettbewerb die angestrebten Ziele nicht erreicht hat. Die Mängelliste für die Weiterbearbeitung ist ihrer Meinung nach zu lang und die Stadt kann nun nicht mehr Einfluss nehmen auf die städtebauliche Entwicklung. Die Grüne/glp-Fraktion bedauere dies sehr, war doch dies der Grund, dass der Wettbewerb von der Stadt und nicht von der Heim AG durchgeführt wurde. Trotzdem bleibe der Grüne/glp Fraktion nichts anderes übrig, als auf den B+A einzutreten und dem B+A zustimmen. Erwähnen möchte die Grüne/glp-Fraktion an

dieser Stelle noch, dass die Kosten für den Wettbewerb von den Heimen Kriens getragen werden müssen und nicht von der Stadt. Das sei auch korrekt, und hätte durchaus etwas prominenter im B+A erwähnt werden können.

Laut Martin Zellweger scheint es der SVP-Fraktion fast wie ein Wendepunkt in der finanziellen Abwicklung von Projekten in der Stadt Kriens. Ursprungsbudget eingehalten, Zusatzkredit rechtzeitig und begründet beantragt und von der richtigen Stelle bewilligt jedoch letztendlich nicht beansprucht. Trotzdem Projektziele erfüllt und hoffentlich bald bereit zur Umsetzung. Fast ein Prototyp, sicher ein Meilenstein. Diese Veränderung und dieser Ausweis für eine hoffentlich neue Projektführung und damit einhergehendes Controlling in der Abteilung Immobiliendienste zeige Resultate und dürfte damit auch für weitere Abteilungen ein Vorbild sein. Die SVP zähle darauf, dass dies in der gesamten Verwaltung Schule macht und vom gesamten Stadtrat die Unterstützung und Förderung erhält, die auch notwendig sei. Das sei der SVP-Fraktion nicht nur ein Anliegen, sondern eine klare Erwartungshaltung. Insofern bedanke sich die SVP-Fraktion beim Stadtrat und der Abteilung Immobiliendienste für die Umsetzung und die Planentreue des Projekts. Sie unterstützen auch den Entscheid, dass die Stadt nicht die Projektierung übernimmt. Es handelt sich hier um ein Projekt der Heime Kriens AG, und wiederum eine Durchmischung von Verantwortlichkeiten zu schaffen wäre hier aus Sicht der SVP-Fraktion nicht angebracht, nicht nach den Erfahrungen mit den letzten Grossprojekten und auch nicht im Sinne der Unabhängigkeit der Heime nach der Auslagerung. Nun folgt der eigentliche Schritt, welcher die Verselbständigung der Heime auch erst rechtfertigte. Die von der Stadt unabhängige Planung, Finanzierung und Erstellung des neuen und modernisierten Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld. Dieser Schritt wäre ohne die Verselbständigung der Heime für die Stadt aus finanziellen Gründen aktuell nicht möglich gewesen. Diese Tatsache wurde von der Politik erst nach der Zustimmung zu den Zentrumsprojekten transparent gemacht und hat die Stadt dann auch zum Schritt der Verselbständigung «motiviert». Die SVP-Fraktion wünscht sich, dass jetzt mit der Umsetzung möglichst zügig vorangeschritten werden kann und somit noch Unklarheiten oder offene Positionen möglichst zeitnah bereinigt werden. Danach wünscht die SVP-Fraktion der Heime Kriens AG viel Erfolg bei der Umsetzung dieses fordernden, aber auch vielversprechenden Projekts. Eigentlich sei es ja auch einfach ein nächstes Zentrumsprojekt. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird dem Antrag, die Abrechnung des Wettbewerbskredits im Betrag von Fr. 760'000.00 gegenüber den ursprünglich vom Einwohnerrat gesprochenen Fr. 755'000.00 Folge leisten und genehmigen.

Jörg Ziemssen dankt im Namen der FDP-Fraktion dem Stadtrat und involvierten Personen für die seriöse Ermittlung des Siegerprojektes «Tre Giardini» sowie dem finanziellen Abschluss innerhalb der vorgegebenen Kosten. «Tre Giardini» setzte sich gegen ebenfalls interessante und gute Projekte durch. Das Siegerprojekt habe es geschafft als Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld alle Themen und Ideen aus den Wettbewerbs-Anforderungen miteinzubeziehen. Die FDP-Fraktion erachte aufgrund der Spezialität des heutigen Objektes einen Abriss als zielführend. Nun bestehe die Herausforderung, dass bei der Umsetzungsplanung sowie beim Bau die Empfehlungen der Jury einfließen und die Kosten auch innerhalb des vorgesehenen Budgets bleiben. Das Wohnen im Alter sei derzeit stark in Bewegung. Die FDP-Fraktion hoffe, dass der modulare Aufbau des «Tre Giardini» auch noch während der Inbetriebnahme in ein paar Jahren den Bedürfnissen entspreche und erfolgreich nutzbar sei. Die Stadt Kriens habe eine Immobilienstrategie entwickelt und setzt diese nun um. Für die FDP-Fraktion sei es sehr wichtig, dass man für die Berechnungen der Baurechtszinsen einen marktgerechten und korrekten Preis vereinbart. Bis die Bauarbeiten losgehen dauert es noch eine Weile. Es gebe noch viele Vorarbeiten. Detailplanungen, Baubewilligungen, Submissionen, Einsprache Verhandlungen etc. werden noch einiges an Zeit beanspruchen. Der FDP-Fraktion liegt besonders am Herzen, dass das neue Beschaffungsreglement mit Fachbegleitung umgesetzt wird. Es sei der FDP-Fraktion ein grosses Anliegen, dass nur Unternehmer berücksichtigt werden, die den GAV einhalten, also ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter korrekt entlohnen und behandeln. Es sei auch wichtig, dass die Qualität der Arbeiten mit der Fachbegleitung gesichert werden. Es sei zwingend notwendig, dass General- und Subunternehmer die allgemeinen Bestimmungen des Beschaffungsreglements ebenfalls einhalten und umsetzen müssen. Sinnvoll erscheint der FDP-Fraktion, dass die Unternehmer bereits mit dem Erhalt der Offerten darüber orientiert werden. Die FDP-Fraktion sei zuversichtlich, dass Kriens

damit für die Zukunft mit diesem Siegerprojekt «Tre Giardini» ein sehr gutes Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld bekommt, das den älteren Menschen dient und die geforderten Kriterien erfüllt. Die FDP-Fraktion tritt ein und genehmigen diesen B+A.

Laut Andreas Vonesch sei für Die Mitte/ Die Junge Mitte-Fraktion das Eintreten unbestritten und sie werden der Abrechnung auch zustimmen. Sie finden neben der kleinen aber erfreulichen Kreditunterschreitung auch die Berichterstattung an sich erfreulich. Bei einer Kreditabrechnung könnte man erwarten, dass einem ein paar nackte Zahlen vorgelegt werden. Dieser B+A komme aber sehr ausführlich daher und beschreibt von der Aufgabenstellung, über das Wettbewerbsprojekt bis zum Ablauf des Verfahrens und den Finanzen sehr detailliert den ganzen Prozess. Das macht ihn für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion interessant und auch sympathisch. Er zeigt die intensive Auseinandersetzung mit diesem für Kriens so wichtigen grossen Projekt auf. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion danken den zuständigen Stellen für diesen Bericht. Mit der Abrechnung zum Wettbewerb steht nun auch der Sieger fest. Im Jurybericht werden die Vorzüge des Siegerprojekts detailliert aufgeführt. Ein gefälliges Projekt, das dem Namen «Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld» gerecht werde. Im Dezember 2019 wurde im Einwohnerrat den Wettbewerbskredit gesprochen und auch ausführlich diskutiert, wie sich der Einwohnerrat das Zentrum Grossfeld vorstellen kann. Einige dieser Vorstellungen wurden als Bemerkungsanträge überwiesen, z.B. aus der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion der öffentliche Zugang zur Dachterrasse. Für Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion sei wichtig, dass nun bei der Weiterbearbeitung des Projekts durch das Architektenteam und die Heime Kriens AG als künftige Bauherrin diese Bemerkungen auch berücksichtigt werden. Sie erwarten, dass die Stadt Kriens über den Verwaltungsrat weiterhin Einfluss auf die Projektierung nimmt. Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht, dass mit der Durchführung des Wettbewerbs die Stadt eine ihrer letzten Aufgaben erledigt hat. Gerade in diesem Punkt tun sich für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion noch einige Fragezeichen auf und die nächsten Schritte sind noch nicht ganz klar. Wo und wie kann der Einwohnerrat noch Einfluss nehmen, wenn die ganze Verantwortung abgegeben wird? Als konkretes Beispiel möchte Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion den bevorstehenden Abschluss des Baurechtsvertrag erwähnen. Kommt dieser noch in den Einwohnerrat? Im Kapitel 8 Ausblick werden noch Aussagen zur zeitlichen Realisierung gemacht. Bei einem frühestens möglichen Baubeginn im Frühling 2014 wird mit einer Inbetriebnahme gegen Ende 2028 gerechnet. Ein sportlicher Fahrplan, wenn man an die Einhaltung von Baufristen denke, oder an die schwierige Wirtschaftslage mit Lieferengpässen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hoffe nun aber, dass das grosse Projekt weiterhin gut unterwegs sei und freut sich, wenn die Stadt Kriens eine moderne Infrastruktur als «Lebens- und Begegnungsort» auf dem Grossfeld erhält.

Laut Michael Portmann stand die Alters- und Gesundheitsversorgung in der Stadt Kriens vor wenigen Jahren vor einem unlösbaren Problem. Wie stelle die Stadt Kriens mit den bestehenden Anlagen ausreichend Pflegebetten sicher, damit die Stadt Kriens die Vorlagen des Kanton bezüglich Langzeitpflege erfüllen können. Bett heisse dann nicht einfach nur Bett. Nein, es soll auch der entsprechende Raum zur Verfügung stehen, damit eine zeitgemässe Pflege möglich werde. Und exakt an diesem Punkt erfüllen heute die Räumlichkeiten im Grossfeld diese Anforderungen nicht mehr. Eine zeitgemässe Langzeitpflege sei langfristig und nachhaltig zu sichern. Darum müssen die Gebäude im Grossfeld mindestens saniert werden. Oder noch besser, eben abgerissen und neu gebaut werden. Abgesehen davon war damals schon klar, dass die dazu notwendigen 50 Millionen Franken in der Kasse der Stadt Kriens fehlen. Und trotzdem darf Michael Portmann heute hier vor dem Einwohnerrat stehen und einen Wettbewerbskredit genehmigen. Es zeuge von einigem Erfindergeist und Unternehmertum des ehemaligen Stadtrats, welcher dieses Geschäft ausgegleist hat. Wer hätte gedacht, dass das Auslagern der Pflege- und Altersheime in die Heime Kriens AG dafür sorgen könnte, dass im Grossfeld bis Ende 2028 ein völlig neues Alter- und Pflegezentrum entstehen kann. Michael Portmann ehrlich gesagt nicht. Das Interesse der teilnehmenden Architektur-Büros war riesig und zeigt, welches Potential im Stadtzentrum der Stadt Kriens vor sich hinschlummert. Dass zwei gleichwertige Projekte mit aber ganz unterschiedlichen Ansätzen die erste Runde «gewinnen», war nicht vorhersehbar. Der Wettbewerb wurde mit einer externen Jury und bestens notariell abgesichert durchgeführt. Niemand soll sagen können, dass andere bevorteilt worden seien, und zusätzlich hat die Heime

Kriens AG einen echten Steilpass erhalten, um ein neues Alters- und Pflegezentrum Grossfeld zu realisieren. Die SP-Fraktion sei froh, dass der Stadtrat hier mitgedacht hat und den Wettbewerbskredit für eine zweite Runde erhöht hat. Schliesslich gelte es mit dem Wettbewerb auch eine gute Ausgangslage für die Übergabe des Bauprojekts an die Heime Kriens AG zu schaffen. Es wäre unseriös gewesen, der Heime Kriens AG den Entscheid zu überlassen, ob die bestehenden Gebäude abgerissen werden sollen oder nicht. Erst mit der zweiten Runde und dem Entscheid hier im Einwohnerrat setzt die Krienser Politik ein klares Zeichen, dass ein Neubau entstehen soll. Ein starkes Zeichen auch fürs Stadtzentrum der Stadt Kriens, welches dadurch weiter aufgewertet werde. Warum das Projekt aber dennoch nicht, städtebaulich genügt, wäre sicher gut zu wissen. Am 12. Dezember 2019 hat der Einwohnerrat für mehr Bauen mit Holz und Dachterrassen plädiert. Leider wird aus Kostengründen nicht einmal auf einen Holzhybridbau gesetzt. Dafür soll wenigstens die versprochene Holzfassade realisiert werden. Angesichts der vorgegebenen Kosten von maximalen 50 Millionen Franken und den Ansprüche ans Raumprogramm von Seiten der Heime Kriens AG sei das doch ein gutes Ergebnis. Wichtig sei, dass nachhaltiges Bauen vorangetrieben wird und bei der Wärmeerzeugung klar auf rein erneuerbare Energieträger gesetzt werde. Das sei die Zukunft. In diesem Sinne dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat für das klare und transparente Vorgehen, den richtigen Entscheid für eine gute Partnerschaft mit der Heime Kriens AG und freue sich auf die Umsetzung durch die Heime Kriens AG. Die SP-Fraktion tritt ein und werde den Kredit genehmigen.

Einzelgespräch

Bruno Amrhein sei sehr froh über das Ergebnis dieses Wettbewerbs. Insbesondere positiv finde Bruno Amrhein den Ersatz des alten Betonklotzes durch offene, moderne, helle und pflegefreundliche Bauten. Bruno Amrhein hoffe, dass dieser Entscheid auch von Beton-Nostalgikern und Architektenvereinen akzeptiert werde. Kriens baue für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit. Kriens brauche kein Architekturmuseum, sondern ein Lebens- und Begegnungszentrum für zeitgemässe Pflege und Begleitung.

Jörg Ziemssen hat noch eine kurze Frage zum vom ihm erwähnten Beschaffungsreglement. Gelte dieses auch für die Heime Kriens AG oder nur für die Stadt Kriens? Sonst müsse sich die FDP-Fraktion noch überlegen einen Bemerkungsantrag zu stellen, welcher so oder so nicht umgesetzt werde.

Roger Erni dankt den Kommissionen und dem Rat für die Inputs und die Haltungen. Die Aufgabe vom Einwohnerrat die B+A kritisch zu hinterfragen sei definitiv erfüllt. Die Grüne/glp-Fraktion war mit dem B+A nicht zufrieden und am Schluss hat man gehört, dass sie trotzdem zustimmen werden. Roger Erni wird auf einige Sachen eingehen und Daniel Hofmeister werde zum Städtebau etwas sagen. Roger Erni werde nicht alle Fragen genau beantworten können. Da die Heime Kriens AG eine Tochter von der Stadt Kriens sei, denke Roger Erni, dass das Beschaffungsreglement auch für sie gelte, jedoch muss er dies noch genau abklären. Es wurde noch gefragt, ob Kriens beim Baurechtsvertrag noch Einfluss nehmen kann. Der Stadtrat sei noch nicht abschliessend auf eine Antwort gekommen. Roger Erni denkt jedoch eher nicht, es sei aber möglich, dass dieser doch noch in den Einwohnerrat kommen werde. Die KFG wurde entsprechend informiert und es sei wichtig, dass eine Diskrepanz vorhanden sei. Diese Diskrepanz sei vorhanden, weil vor sechs Jahren ein Bewertungsgutachten gemacht wurde, auf dem Fortführungswert vom alten Grossfeld. Dies gab einen relativen Landwert und dieser relative Landwert wurde eingepreist und dies gab einen Baurechtszins, Roger Erni nenn ihn X. Einenhalb oder fünf oder sechs Jahre später, als der Wettbewerb abgeschlossen wurde, hat der Stadtrat dem gleichen Bewerber, Herr Horat, den Auftrag gegeben, aufgrund vom vorliegenden Bericht den relativen Landwert zu Rechnen. Dieser sei dann ungefähr X Mal drei. Selbstverständlich, weil im Baurechtsvertrag, welcher im 2018 bei der Verselbstständigung ausformuliert wurde, X drinsteht, möchte die Heime Kriens AG nun auch X. Da muss sich das Finanzdepartement und die Heime Kriens AG noch finden. Der Stadtrat werde dann klar und transparent berichten, wo man sich gefunden habe. Die KFG hat dem Stadtrat den Auftrag gegeben, sich für X Mal drei einzusetzen. Roger Erni werde dann in der Detailberatung auf die Juryempfehlungen eingehen. Die Bemerkungsanträge gingen tatsächlich vergessen und der Stadtrat werde nach einer Lösung suchen, damit dies besser kontrolliert werden kann.

Das Projekt Tre-Giardini war ursprünglich als Hybridbau geplant. Im Rahmen der Bereinigungsstufe wurde jedoch die Konstruktionsart aus wirtschaftlichen Gründen verworfen. Mit den Holzfassadenelementen wird weiterhin ein wohnlicher Charakter erreicht. In Bezug auf den Brandschutz ist die aktuelle Lösung auch wirtschaftlicher. Es ist ersichtlich, dass die Terrassen von den Bewohnern und Mitarbeitenden benutzt werden können. Nun muss der Stadtrat abklären, ob auch die Öffentlichkeit Zugriff dazu hat. Roger Erni dankt, denn laut ihm sieht es sehr gut aus, dass dieser Wettbewerbskred angenommen wird.

Detailberatung

Seite 5 – Punkt 3.4

Viktor Bienz findet es schade, dass nur Regionales und nicht Pilatusholz verwendet werde. Die Bewohner haben in Kriens gelebt und waren in diesen Wäldern. Dies habe einen bedeutsamen Wert.

Seite 5

Cyrill Zosso habe vorher eine kurze Tirade gegen Brutalismus und Betonbauten gehört. Momentan sei das höchste Ziel betreffend Ökologie in der Baubranche, dass der Abriss verhindert wird. Die graue Energie für den Abriss und den Neubau wird nie kompensiert.

Seite 10 – Empfehlung der Jury

Erich Tschümperlin möchte wissen, weshalb das Projekt formal und städtebaulich nicht vollständig überzeugt. Wie kann entgegengewirkt werden, damit es vollständig überzeugt und was versteht man genau unter formal und städtebaulich?

Laut Daniel Hofmeister ist eine der wesentlichen Hürden im Bereich Städtebau, der Umgang mit dem Bestand. Es sei keine komplette grüne Wiese, auch wenn man das bestehende Gebäude abreisst. Eines der wesentlichen Kriterien im Gesamtprogramm war, dass man eine etappierte Bauweise durchführen kann und dass in dieser Bauweise mit möglichst wenig Provisorien gearbeitet werden kann. Dies gibt Restriktionen. Der erste Baukörper muss an einem Ort hingestellt werden, wo heute grüne Wiese ist. Dies ist in der Nähe der Horwerstrasse. Dann gebe es einen Teilabbruch vom bestehenden Hauptbau und die Personen daraus werden in den Neubau gezügelt. Danach muss der zweite Baukörper an einen Platz gestellt werden, an welchem grüne Wiese ist. Erst wenn dieser fertiggebaut wurde und bezugsbereit ist, können die Personen aus dem Turm in das zweite Gebäude und der Turm kann abgebrochen werden.

Seite 12

Martin Zellweger möchte auf das Beschaffungsreglement zu sprechen kommen. Es steht in der Eigentümerstrategie, dass das Beschaffungsreglement berücksichtigt werden muss. Es sei nun nur die Frage, wie das um- und durchgesetzt werde.

Karin Schumacher liest den Beschlusstext vor

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag 10512022 des Stadtrates Kriens vom 18. Mai 2022. Und gestützt auf g 29, Abs. 1, lit. a der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 betreffend Abrechnung Wettbewerbskredit «Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld» beschliesst:

1. Die Abrechnung des Wettbewerbskredits «Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld» im Betrag von Fr. 760'114.61 wird genehmigt.
2. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug

Abstimmung über Beschlusstext**Mit 28:0 Stimmen wird der Beschlusstext angenommen.**

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Segger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

5. Bericht und Antrag: Gemeindehaus; Abgabe im Baurecht**Nr. 114/22**Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen Daniel Hofmeister

Laut Martin Zellweger war der Grundtenor der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung positiv als sie den Bericht und Antrag Gemeindehaus, Abgabe im Baurecht behandelt haben. Das Eintreten war unbestritten und die Erleichterung, dass eine doch recht akzeptable Lösung gefunden wurde, war von allen spürbar. Das Gemeindehaus bleibt erhalten, und wird durch die GWAK ins bestehende Alterswohkonzept der Stadt im Zentrum integriert, eine Lösung, welche auch der Altersentwicklung der Stadt gerecht wird. Auch die Abgabe im Baurecht wertet man positiv, auch wenn das Gebäude für 90 Jahre aus dem direkten Handlungsfeld der Stadt verschwindet. Es sei nicht verloren oder verschachert. Natürlich ist man froh um die finanzielle Lösung, der Baurechtsvertrag liegt soweit im Entwurf vor, mit Gebäudepreis und Baurechtszins. Die Erklärungen zu den finanziellen Eckpunkten, welche der KFG von den Anwesenden, Roger Erni

und Daniel Hofmeister aufgezeigt wurden, waren plausibel. Das Eintreten war unbestritten und die Kommission hat dem Beschlusstext letztendlich einstimmig zugestimmt. Die KFG empfiehlt dem Einwohnerrat die Zustimmung zum Antrag.

Pascal Meyer von der Grünen/glp-Fraktion hält fest, dass es nun etwas mehr als drei Jahre gedauert habe. Auf Ende dieses Jahres kann das Gemeindehaus den neuen Nutzern übergeben werden. Logischerweise hatten viele Menschen in Kriens Ideen und Erwartungen an die zukünftige Nutzung. Pascal Meyer will diese hier aber nicht aufzählen. Denn heute gehe es um das Resultat, welches der Einwohnerrat mit diesem Bericht vor sich habe. Die Grüne/glp-Fraktion findet, dass mit der Abgabe des Gemeindehauses im Baurecht an die GWAK eine faire Lösung gefunden wurde. Kriens hat regelmässige Einnahmen und die GWAK kann bis in der zweiten Februarwoche 2114 zu Gast im Gemeindehaus sein. Uns gefällt der Gedanke ausserordentlich gut, dass dieses Grundstück den nächsten Generationen von Kriens zur weiteren Verfügung stehen wird. Mit der GAWK sehe die Grüne/glp-Fraktion, dass die Nutzung des Gemeindehauses auch weiterhin dem kommunalen Wohl zu gute kommt. So sei absehbar, dass mit der demografischen Entwicklung der Gesellschaft solche Wohnnutzungen an Bedeutung gewinnen werden. Aus Sicht der Stadt erachten sie es als erwähnenswert, dass diese zentrale Lage den älteren Generationen zur Verfügung gestellt wird. Das sei eine würdige Lösung. Die vertraglichen Bedingungen sind im Entwurf beschrieben. Das bedeutet, wenn dieser Entwurf sinngemäss als unterzeichneter Vertrag zu Stande kommt, könne die Grüne/glp-Fraktion dem Anliegen mit gutem Gewissen zustimmen. Sie treten also sehr gerne auf das Geschäft ein und werden dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Räto Camenisch beschreibt die Stimmung der SVP-Fraktion bei dieser Vorlage wie folgt: «Lieber de Spatz i de Hand als d Tube ufem Dach» oder ein weinendes und ein lachendes Auge. Zu der negativen Seite: Viele Krienserinnen und Krienser haben in diesem Haus geheiratet und wie viele gingen da schon ein und aus. Das Gemeindehaus sei ein Teil von Kriens. Früher sagte man es war ein Fehler die Linde abzureissen, so sei es vielleicht auch ein Fehler das Gemeindehaus der Gemeinde funktionell zu entziehen. Dies stimmt traurig und nachdenklich. Kriens hat alles modernisiert und dabei verpasst eine Lösung für das Gemeindehaus zu finden. Eine traurige Sache für das Haus, welches 1912 mit grossen Hoffnungen gebaut wurde. Die arme Gemeinde Kriens, welche damals bis zu 70 % vom Budget für armlasten ausgab, hat sich ein neues Gemeindehaus geleistet. Die Krienser waren stolz und nun sei dieser Stolz weg. Das Gebäude ist nun für 91 Jahre der Gemeinde entzogen. Was soll die Stadt Kriens damit in 91 Jahren machen? Abreisen? In die Höhe bauen? Das lachende Auge sei jedoch, dass sich der Stadtrat an diese Altlast ranmachen konnte und eine Lösung gefunden hat. Für Räto Camenisch sei es nicht die erstbeste und auch nicht die zweitbeste Lösung aber immerhin sei es eine Lösung. Kriens braucht Lösungen, denn Kriens hat kein Geld diese Häuser zu vergolden und auch kein Geld diese Häuser leer stehen zu lassen. Es wäre schön gewesen, wenn die Stadt dieses Haus weiter nutzen könnte. Es gäbe durchaus viele Möglichkeiten für Vereine, Kleinhandwerker, Kunst usw. Jedoch hätte diese Initiativen und Finanzen benötigt. Bellpark lässt grüssen. Das Gemeindehaus werde nun mental zu Grabe getragen und dies sei kein schöner Akt. Kriens benötigt jedoch diese Lösung und die Altlasten der Zentrumserneuerung konnte beseitigt werden. In diesem Sinne wird die SVP-Fraktion eintreten und der Vorlage zustimmen.

Laut Marco Meier ist dies für die FDP-Fraktion eine gute Lösung. Eine Win-Win-Win-Situation. Für Krienserinnen und Krienser sei es ein Mehrwehrt, da das Haus sinnvoll genutzt werde und nicht leer stehe. Für die Stadt sei es ein Gewinn, weil keine Investitionen und kein Unterhaltsarbeiten getätigt werden müssen. Zudem werden die Denkmalpflegerischen Aspekte berücksichtigt und der Erhalt der Bausubstanz sei sichergestellt. Wiederum sei es ein Gewinn, dass die Räumlichkeiten umgenutzt werden können und dies aus Sicht der FDP zu einem fairen Deal. Deshalb wird die FDP-Fraktion eintreten und zustimmen.

Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist laut Andreas Vonesch froh, dass endlich etwas passiert mit dem Gemeindehaus. Und aus Sicht der Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion passiert etwas Gutes. In diesem Sinne werden sie dem B+A zustimmen. Bereits im Jahr 2017 hatte Andras Vonesch ein Postulat eingereicht und den damaligen Gemeinderat aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, wie Kriens mit dem Gemeindehaus umgehen will, damit rechtzeitig die Weichen für eine zukünftige Verwendung mit nachhaltiger Nutzung gestellt werden. Vier Jahre sind seit der Berichterstattung verstrichen. Vier Jahre stand das Gemeindehaus leer. Damit hat sich gezeigt, dass sich trotz grossen Bemühungen nicht so einfach ein Mieter finden liess. Aber vielleicht brauchte es einfach diese Zeit, um für dieses Objekt die richtige Lösung zu finden. Und Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei überzeugt, dass mit der GWAK nun das Gemeindehaus in die richtigen Hände kommt. Eigentlich für die Stadt Kriens, wie auch die GWAK eine Win-Win Situation. Mit der neuen Nutzung für Wohnen im Alter bietet das Haus eine Nähe und einen direkten Bezug zum Lindenpark. Die Lage im Zentrum sei für Alterswohnungen ideal und das Angebot trägt der demografischen Entwicklung der Krienser Gesellschaft Rechnung. Und Andreas Vonesch finde es absurd, wenn man die neue Nutzung als «Tauriges Ende der Geschichte des Hauses» oder «es wird den Kriensern nicht mehr dienen» in einem Medienartikel bezeichnet. Sind die Alten nicht Teil der Gemeinde? Die ausgehandelten Abgeltungen mögen für die Stadt wohl etwas tiefer ausfallen als erhofft, stellen für die GWAK aber durch die zu tätigenden Investitionen und den jährlichen Baurechtszins doch auch eine rechte Belastung dar. Im Sinne dieser Abwägung finde die Fraktion den ausgehandelten Preis als adäquat. Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion sei überzeugt, dass das Gemeindehaus in gute Hände kommt, und damit für dieses Haus eine neue Geschichte beginnt.

Laut Reto Felber ist für die SP-Fraktion diese Lösung in der heutigen Situation fast das Optimum. Das Budget wird einmalig etwas aufge bessert und es fliesst jährlich etwas Geld rein. Die Abgabe in das Baurecht sei eine finanzpolitische Strategie, welche auch in Zukunft einem Verkauf vorzuziehen sei. Der Synergiegewinn zum naheliegenden Lindenpark sei ebenfalls optimal. Dadurch und durch die Zentrumsnähe sei dies für die Umsetzung der Altersstrategie ein bedeutender Mehrwert. Die Wohnungen werden grossflächig ausgestaltet und dadurch eine gewisse Attraktivität ausweisen. Auch wenn Balkone infolge von den Schützenswerten Bausubstanz fehlen werden. Es fehlt noch eine Zugänglichkeit für die breite Masse der Bevölkerung. Ein öffentliches Restaurant oder eine andere Stätte für mehrere Generationen wäre angebracht gewesen. Dies sei jedoch ein Traum und kaum umsetzbar. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung vom Antrag.

Roger Erni begrüsst Markus Marti und Otto Durrer auf der Tribüne. Mit ihnen zusammen sucht der Stadtrat seit eineinhalb Jahren eine Lösung. Aus Sicht vom Stadtrat wurde hier eine gute Lösung gefunden. Roger Erni kann das Votum von Räte Camenisch nachvollziehen. Die Stadt Kriens ist mit der GWAK noch eng im Kontakt, weil der Baurechtsvertrag noch nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet. Es ist geplant, dass dieser Baurechtsvertrag Anfang 2023 unterschrieben werden kann. Das Gebäude ist heute mit 3.4 Millionen Franken in den Büchern. Der Stadtrat wird prüfen, ob dieser Betrag in Land und Gebäude aufgeteilt werden kann, damit es für die laufende Rechnung ein Nullsummenspiel gibt. «Eine gute Krienser Lösung für unser Kriens»

Detailberatung

Karin Schumacher liest den Beschlusstext vor

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens beschliesst nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr.11412022 des Stadtrates Kriens vom 25. Mai 2022 und gestützt auf § 32 Abs. 1 Ziff. 2 der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 betreffend Gemeindehaus; Abgabe im Baurecht:

1. Öffentlich beurkundete Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts zwischen der Stadt Kriens und der «Genossenschaft Wohnen im Alter Kriens» für die Fläche des Grundstücks Nr. 400, Grundbuch Kriens, zu einem jährlich wiederkehrenden Baurechtszins von Fr. 28'815.00 und Fr. 2'000'000.00 für das Gebäude und einer Baurechtsdauer bis 09. Februar 2114.

2. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug

Abstimmung über Beschlussetext Bericht und Antrag Nr.

Mit 28:0 Stimmen wird der Beschlussetext einstimmig angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Segger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

5b Dringliche Interpellation Lengwiler

Roger Erni liest die Beantwortung mündlich vor:

1. Sieht die Stadt Kriens noch Potenzial, um mit vertretbarem Aufwand zusätzlichen Platz für Geflüchtete zu schaffen (z.B. Nutzung leerstehender Gebäude auf dem Stadtgebiet)?

Bereits im Vorfeld des Regierungsratsbeschlusses Nr. 748 vom 14. Juni 2022 prüfte das Sozialdepartement in Zusammenarbeit mit der Immobilienabteilung mögliche leerstehende, stadteigene Gebäude für die Nutzung zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine. Die Stadt Kriens verfügt zudem gemäss Abklärungen der Umwelt- und Sicherheitsdienste in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Zivil-

schutz über keine Zivilschutzbauten, die die vorgegebenen Kriterien der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) erfüllen. Auch verfügt die Stadt über kein Grundstück, auf welchem Container aufgestellt werden könnten. Die Stadt Kriens besitzt aktuell keine Objekte mit Wohnraum, die frei verfügbar sind, mit einem vertretbaren Aufwand hergerichtet werden könnten und/oder den Anforderungen der DAF entsprechen würden (vgl. Merkblatt Anforderungen an Wohnraum der DAF, welche im Nachgang ins Extranet aufgeschaltet wird).

Bleibt somit noch der Wohnraum, welcher von privaten Eigentümern vermietet wird. Die inserierten freien Wohnungen in der Stadt Kriens mit Mieten im Rahmen der «Mietzinsrichtlinien der Stadt Kriens für Sozialhilfebeziehende» werden wöchentlich durch die Sozialdienste Kriens erhoben. Es sind jedoch nur sehr wenige auf dem Markt und diese werden benötigt, um die regulären Sozialhilfebeziehenden unterzubringen. Die Sozialdienste prüfen aktuell, ob die Meldung solcher freier Wohnungen an die DAF als «Vermittlung/Zurverfügungstellen» von Wohnraum gilt.

Die vom Kanton geforderten zusätzlichen 52 Plätze – so käme die Stadt Kriens auf den Erfüllungsgrad von 90 % und würde vorerst nicht ausgleichspflichtig – sind kurz- bis mittelfristig schwierig bereitzustellen.

2. Wie plant die Stadt Kriens die geforderten Plätze für Geflüchtete zeitnah zu schaffen, damit keine Ersatzabgaben an den Kanton Luzern bezahlt werden muss?

Die Stadt Kriens prüft aktuell folgende Möglichkeiten:

1. Zwischennutzung Bell-Areal (Anfrage über Organisation «unterdessen» und Logis Suisse / Schaffung von Wohnraum).
2. Unterbringung der Flüchtlinge in den Zivilschutzanlagen Meiersmatt – diese gelten jedoch nicht als unmittelbar bewohnbarer Wohnraum und erfüllen die Pflicht aus der Zuweisung nicht. Der Kanton ist bereit zur Prüfung unter dem Fokus der Wirtschaftlichkeit, wenn die Stadt Kriens diese Anlagen als Möglichkeiten deklariert.
3. Armasuisse Immobilien Amstutzstrasse, VBS: Abklärungen laufen.
4. Aufruf an Immobilieneigentümer, Wohnraum für Flüchtlinge aus der Ukraine im Rahmen der Mietzinsrichtlinien der Stadt Kriens zu vermieten.

Die Stadt Kriens sieht aus heutiger Sicht nicht, wie sie das ambitionierte Ziel von 52 zu schaffenden Wohnplätzen bis Ende August 2022 erreichen soll. Dies führt dazu, dass Kriens ab 1. September 2022 ausgleichspflichtig wird (Fr. 10.-/Tag. pro nicht aufgenommene Person für die ersten zwei Monate – dieser Betrag erhöht sich bis ab dem siebten Monat auf Fr. 40.-/Tag pro nicht aufgenommene Person) – bis Ende Jahr laufen bei 52 Plätzen Kosten von Total Fr. 95'160 auf. Für diese Kosten muss voraussichtlich eine bewilligte Kreditüberschreitung beim Stadtrat beantragt werden. Für das Jahr 2023 werden die zu erwartenden Kosten von Fr. 728'000.00 (bei einem Erfüllungsgrad von 90 %, also 52 Wohnplätze) ins Budget 2023 einfließen bzw. ein Nachtragskredit an den Einwohnerrat bzw. eine bewilligte Kreditüberschreitung an den Stadtrat erfolgen.

3. Plant die Stadt Kriens mehr Plätze als vom Kanton gefordert zu schaffen? Wenn ja, wie und wie viele?

Auch mittelfristig sieht es die Stadt Kriens aktuell als schwierig an, die geforderten Plätze bereitzustellen, geschweige denn das vom Kanton geforderte Soll zu erfüllen.

Beda Lengwiler bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung und entschuldigt sich für den verursachten Aufwand. Beda Lengwiler findet es jedoch ein sehr wichtiges Thema, da die Gemeinden in der Verantwortung sind und auch die Stadt Kriens ihr Anteil leisten muss. Beda Lengwiler findet es sehr schwer diese Anforderungen zu erfüllen und er möchte sich beim Stadtrat bedanken, dass er sich so stark engagiert.

Cyrrill Zosso dankt Beda Lengwiler für den Vorstoss. Er hat überlegt das in der Fragestunde zu stellen, jedoch kam so die kompetentere Antwort. Es zeige wiederum exemplarisch auf, wie die Gemeindeautonomie im Sinn vom Kanton funktioniert. Wenn es Zusatzaufwände und Kosten gibt, werden diese auf die Gemeinden abgerollt, und zusätzliche Einnahmen werden für Steuersenkungen behalten. Es werden Mehraufwände von über Fr. 500'000.00 auf Kriens zukommen und diese müssen ins Budget gequetscht werden währenddem Nationalbankgewinne vom Kanton behalten werden. Dies sei nicht im Sinne der Grünen/glp-Fraktion und sie überlegen sich hier noch weitere Vorstösse zu machen.

Beat Tanner dankt dem Stadtrat für die Ausführungen. Wohncontainer seien in der ganzen Schweiz vergriffen, somit könnten lediglich noch Zelte aufgestellt werden. Deshalb möchte Beat Tanner vom Stadtrat wissen, wie es mit dem Hinterschlund aussieht und ob man da allenfalls Zelte aufstellen kann. Hat man bei der alten Judenschule schon geprüft, ob es Möglichkeiten gibt?

Maurus Frey dankt für die Frage betreffend aktuelle Frage Hinterschlund. Die Stadt Luzern hat als Eigentümerin vom Areal Hinterschlund dem Kanton proaktiv das Angebot gemacht, dort eine Containersiedlung zu installieren. Der Kanton sei noch nicht auf dieses Angebot eingetreten. Die Stadt Kriens wäre bereit dieser Platz zur Verfügung zu stellen. Bei der Talmud Schule sei man in Kontakt mit den Besitzer, jedoch sei der Beziehungsstatus kompliziert und auch der Zustand der Räumlichkeiten sei sehr schlecht. Die Objekte seien dem Kanton bekannt und eines der vielversprechendsten wäre das Objekt von der Armasuisse.

Michèle Albrecht möchte wissen, wie die Privatunterbringungen registriert und in dieser Zahl abgezogen werden.

Bettina Gomer-Beacco dankt für die ausführliche Antwort. Es sei sehr schwierig in so kurzer Zeit dieser Wohnraum zu finden. Diese Menschen sind teilweise sehr traumatisiert und brauchen deshalb einen geschützten Rahmen. Die SP-Fraktion ist überrascht, wie viel das kostet und auch die Frage von Michèle Albrecht ist Bettina Gomer-Beacco durch den Kopf. Die SP-Fraktion hoffe, dass die Welle abnimmt und dass diese Menschen bald wieder in ihr geliebtes Zuhause zurückkönnen.

Räto Camenisch hat auch eine Art Frage. Als man das Heim im Grosshof bauen wollte, hatte die SVP via Zonenplanänderung eine Abstimmung erzwungen. Im Abstimmungskampf stand, dass wenn Kriens dieses Zentrum bewillige und toleriere, werde Kriens vom Verteilschlüssel von Asylanten vom Kanton ausgenommen. Viele Stimmbürger haben damals aufgrund von dem zugestimmt. Was wurde aus diesem Versprechen?

Patrick Koch findet drei Tage für die Antwort sehr kurz und deshalb liegt auch die Lösung noch nicht auf dem Tisch. Er ist jedoch froh, dass diese Interpellation eingereicht wurde. Es wurden bereits Kriegsverbrechen festgestellt in der Ukraine. Diese Menschen sollten nicht in Bunker unter den Boden verfrachtet werden. Patrick Koch weiss von seinem Dienst noch wie schrecklich das ist dort unten ohne Tageslicht. Es soll eine Zusammenarbeit mit Horw oder Luzern geprüft werden.

Laut Roger Erni hat die Stadt Kriens 114 Personen in Zentren, 109 Personen in Wohnungen vom Kanton und 327 Personen in Privatwohnungen. Dies ergibt zusammen 522 Personen und das Soll gemäss der Liste vom Kanton muss die Stadt Kriens 637 Personen aufnehmen. Von diesen 115 fehlenden Personen ist die Ausgleichspflichtige Erfüllung 90 %. Irgendwie ist der Stadtrat dann auf 52 Personen ge-

kommen. Zu der Frage von Michèle Albrecht: Die Statistik ist Tagesaktuell und es werden alle Personen aufgeführt. Zu der Frage von Räto Camenisch: Die Auslastung vom Heim im Grossfeld sei nicht mehr bei 100 % und es wurden auch schon andere Flüchtlinge dort aufgenommen. Es sind nichtmehr nur Minderjährige. Roger Erni meinte, dass nur noch 40 % durch Minderjährige ausgelastet sei und der Rest oder eben nicht der ganze Rest sei mit anderen Flüchtlingen gefüllt. Das Zentrum zählt 1 zu 1. Eine Überlegung sei auch noch, dass man beim Alterswohnheim Hofmatt Platz sucht. Weil der Schweighofpark und der Lindenspark gekommen sind gibt es teilweise leere Wohnungen im Hofmatt. Ab 1. September 2022 müsste die Zahl erreicht sein.

6. Motion Lengwiler: Kriens in finanzieller Not – Kooperation als Chance

Begründung

Nr. 107/22

Laut Anita Burkhardt ist der Stadtrat für Ablehnung. Fragt den Motionär, ob er eine Diskussion wünscht.

Beda Lengwiler sei zufrieden mit der Begründung zur Ablehnung seiner Motion. Der Stadtrat sei seiner Forderung bereits teilweise entgegengekommen. In der Begründung listet der Stadtrat alle Kooperationen, welche die Stadt Kriens bereits hat, diejenigen, die sich nicht lohnen und die, die noch geprüft werden könnten, auf. Auch wenn Beda Lengwiler mit der Ablehnung der Motion – unter anderem um keine Kosten zu verursachen – einverstanden sei, fordert er den Stadtrat dazu auf die beiden Kooperationsmöglichkeiten, welche geprüft werden können, zu prüfen. Ausserdem bittet Beda Lengwiler den Stadtrat auch weitere, innovative Möglichkeiten der Kooperation zu prüfen. Es soll auf allen Ebenen nach Möglichkeiten zur Zusammenarbeit gesucht werden. Die Kooperation mit Nachbargemeinden sei ein wichtiges Instrument die Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Nur weil man Angst habe, dass wieder über eine Fusion gesprochen werde, soll die Stadt nicht aufhören innovative Möglichkeiten für potenzielle Kooperationsmöglichkeiten zu suchen. Und übrigens: Eine Diskussion über eine Fusion mit einer oder mehreren Nachbargemeinden sei nach 10 Jahren nicht aus dem Weg zu gehen. Die Diskussion sei wichtig, denn die Ausgangslage der Stadt Kriens heute, sei definitiv anders als vor 10 Jahren. Beda Lengwiler nehme es wunder, wie eine solche Abstimmung in der heutigen Situation der Stadt Kriens ausgehen würde.

Simon Solari bedankt mich beim Motionär für diesen Vorstoss. In der Grünen/glp-Fraktion seien die Meinungen gespalten, ob die Motion das richtige Werkzeug dafür sei. Stimmfreigabe wurde beschlossen. In der Tat sei dringends Handlungsbedarf nötig, um die Krienser Stadtfinanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Ablehnung des Stadtrates zu dieser Motion sei völlig unerklärlich und die Begründung der Ablehnung noch viel mehr. 90 % der vom Stadtrat aufgelisteten Kooperationen haben gar nicht mit den Nachbargemeinden K5 zu tun und bringen auch keinen Mehrwert. Die Kooperationen, welche der Stadtrat aufzähle, haben nichts mit der finanziellen Gesundung von Kriens zu tun und sind teilweise gesetzlich vorgeschrieben. Weiterhin sei es schön, dass einige Abteilungen ERFA Gruppen bilden und informelle Austausche möglich seien. Diese ersetzen aber bei weitem nicht eine insitu-tionelle Zusammenarbeit. Die passive Antwort des Stadtrates entsprechen denen von früheren Exekutiven. Hier vermisse Simon Solari den frischen Wind. Am Schluss schreibe der Stadtrat, dass weitere Kooperationen wieder in einer Fusionsverhandlung enden würden. Es sei schade, dass dieses Schreckgespenst bereits wieder an die Wand gemalt werde. Vielleicht wäre das die Lösung der Krienser Probleme.

Laut Martin Zellweger greife der Kollege Lengwiler von der Die Junge Mitte hier ein Thema auf das nicht zum ersten Mal auf dem Tisch liege. Der Stadtrat zeige in seinem Bericht auch in Form einer Auflistung auf, welche Kooperationen geprüft wurden, bestehen oder geplant sind. Da gebe es also bereits sehr viele Kooperationen. Das Anliegen aus möglichen Kooperationen finanzielle Potentiale zu erkennen und damit später Einsparungen zu erzielen sei ebenso nicht neu. Im Rahmen der Finanzstrategie wurde das Anliegen als

Projekt Nummer 27 ausgeführt und somit umzusetzen – mit oder ohne politischen Vorstoss. Selbstverständlich sehe die SVP-Fraktion aufgrund der aufgezeigten Liste, dass der Stadtrat sehr engagiert sei. Es wäre jedoch jetzt im Kontext der Finanzstrategie auch wichtig zu sehen, wo denn der Stadtrat finanzielle Potentiale ortet. Dies müsse er ja wissen, wenn er seine Kräfte gezielt einsetzen will und nicht energieaufreibend auf allen Hochzeiten zugleich tanzen. So wie die SVP-Fraktion den Motionär verstehe gehe es hier nicht darum den Einwohnerrat mit einer endlosen Liste von Kooperationen zu erschlagen, sondern gezielt aufzuzeigen, wo das Potential einer finanziellen Entlastung konkret möglich sei und wo es prioritär angegangen wird oder werden sollte. Es geht also aus Sicht der SVP-Fraktion nicht um eine wie vom Stadtrat interpretierte Auslegeordnung aller Kooperationen. Das genügt, wie der Stadtrat selbst schreibt tatsächlich alleine nicht um Einsparungen zu machen. Jedoch gezielt und systematisch aufzuzeigen, wo sich Sparpotentiale ergeben können und wo nicht, wo es sich lohne zu vertiefen, das sei eine Aufgabe, die hoffentlich bereits angegangen wurde, denn wie gesagt es sei ein Projekt der Finanzstrategie. Dies noch in einem Bericht für den Einwohnerrat oder mindestens einer Kommission transparent zu machen, das wäre ein grosses Anliegen, auch von der SVP-Fraktion. Die Aussage des Stadtrats, dass eine verstärkte Zusammenarbeit in eine Fusionsdiskussion mündet, sei schon etwas unverständlich, absolut und klinge eher nach Resignation. Selbstverständlich müssen Kooperationen und Einsparungspotentiale diskutiert werden können, auch ohne Fusionsabsichten. Trotzdem sei die SVP-Fraktion der Meinung, dass eine Motion nicht die richtige Form eines Vorstosses sei, denn es gehe hier nicht darum dem Einwohnerrat einen Antrag oder Planungsbericht zu unterbreiten, sondern einen Bericht, konkret den Projektbericht Nr. 27 der Finanzstrategie. Die SVP-Fraktion könnte sich mit der Überweisung als Postulat einverstanden erklären – sollte dies vom Motionär umgewandelt werden. Eine Motion würden die SVP-Fraktion klar ablehnen, da es das falsche Format sei. Dieselbe Forderung werde aber sowieso im Rahmen der KFG nämlich im Zusammenhang mit der Projekt-Berichterstattung stellen.

Beat Tanner dankt dem Motionär im Namen der FDP-Fraktion für den eingereichten Vorstoss. Die FDP fordert schon lange eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zum Wohl der Krienser Finanzen aber auch um bessere Leistungen für die Krienser Einwohnerinnen und Einwohner bieten zu können. Die FDP versuchte dies mit einigen Vorstössen anzustossen. Es sei hier zum Beispiel die Auslagerung vom Betrieb der Bäder an die Hallenbad AG zu erwähnen oder der breit abgestützte Antrag, mit der Gemeinde Horw zu klären, ob die Führung von einem gemeinsamen Sek-Schulhaus im Bereich Luzern-Süd möglich wäre. Leider war auch bei diesen Vorstössen kein frischer Wind vom Stadtrat erkennbar. Nebst der ersten Säule, die Stadtfinanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wird aus Sicht der FDP auch die vierte Säule nicht umgesetzt. Am liebsten kümmere sich der Stadtrat um die zweite Säule also die Sicherung von zusätzlichen Steuereinnahmen. Die aufgeführten Kooperationen bestehen meistens schon länger als das Projekt Finanzen im Gleichgewicht. Die FDP-Fraktion erwarte vom Stadtrat, dass sie sich in einer Klausur flächendeckend über weitere Kooperationen Gedanken mache das Resultat mit Vorschläge dem Einwohnerrat mit Vorschläge in einem Planungsbericht zur Kenntnis bringen würde. Deshalb unterstütze die FDP-Fraktion die vorliegende Motion. Aufgeschreckt habe die FDP-Fraktion, dass der Stadtrat Angst vor einer weiteren Fusionsdiskussion habe. Beat Tanner teilt dem Stadtrat mit, dass die geführte Finanzpolitik die Stadt Kriens spätestens in fünf Jahren unweigerlich in Fusionsdiskussionen führen werde. Wenn Kriens aufgrund von den hohen Schulden von 220 Millionen Franken noch höhere Zinsen in der Bank zahlen müsse, ohne einen Mehrwehrt zu erhalten und weiter unter der Steuerkraft wachse.

Cedric Seger bedankt sich im Namen der SP-Fraktion beim Motionär für den vorliegenden Vorstoss. Aus Begründung gehe hervor, dass der Stadtrat und die Stadt Kriens schon viel unternehme um Kooperationen einzugehen. Aus der Motion gehe hervor, dass der Kanton Projekte unterstützt, welche den vordefinierten Kriterien entsprechen müssen. Es werden vorallem wirtschaftliche und raumplanerische Projekte unterstützt. In diesen beiden Bereiche sieht die SP-Fraktion in der Stadt Kriens ein Potential. Leider gehe aus der Begründung nicht hervor, welche Begründung bereits vom Kanton unterstützt wurden und für welche künftige Projekte eine Eingabe beim Kanton vorgesehen sei. Es kann gesagt werden, dass der Stadtrat Kooperationen und Synergien sucht und wahrnimmt. In diesem Sinne ist die SP-Fraktion für eine Ablehnung der Motion und bittet den Stadtrat um die Beantwortung der gestellten Fragen.

Räto Camenisch findet dieses Thema sehr wichtig. Bei der Fusionsabstimmung spielte dies eine wichtige Rolle. Man hat gesagt, dass man eigenständig bleiben möchte jedoch habe sich Kriens bereit erklärt mit den Nachbargemeinden zusammen zu arbeiten, wenn es Synergien gibt. Diese Synergien wurden gesucht und diese Synergien werden vielleicht etwas überschätzt. Immerhin habe sich die Souveränität beim Stimmbürger als viel wichtiger herausgesetzt. Der Vorstoss greift ein altes durchgekätschtes Thema auf und so behandelt es der Stadtrat. Der Stadtrat verweist auf die 4. Säulen-Strategie, listet alle Kontakte auf und macht diesen Vorstoss zum Rohrkrepiere. Ein Postulat wäre besser gewesen. Zusammenarbeit sei ein weicher Begriff und es benötigt auch immer noch einen Partner, welcher an der Zusammenarbeit interessiert sei. Die FDP konnte auch noch ihre Suppe aufkochen mit den Finanzen. Die Finanzen müssen im Haus geregelt werden. Wenn die Zinsen steigen das sei das so und es musste auch immer in Betracht gezogen werden. Räto Camenisch möchte alle die mit einer Fusion liebäugeln warnen, dies gäbe erneut eine klatschende Niederlage. Es will niemand Fusionieren. Littau habe damals eine Sünde gemacht, welche sie enorm bereuen. Kriens muss die Hausaufgaben in Kriens machen und Kooperationen gehören zu den Hausaufgaben. Die Hausaufgabe sei Optimierung der Regierung und den Massnahmen. Es soll etwas aus der Geschichte gelernt werden und der Stadtrat soll sich auf die Socken machen und die alte Geschichte immer wieder neu beleben.

Laut Christine Kaufmann-Wolf lehnt der Stadtrat die Motion ab, weil es bereits erfüllt sei. «Ablehnung wegen Erfüllung» sei im Kantonsrat verbreitet. Der Stadtrat hat mit der Begründung dargelegt, welche Kooperationen bereits vorhanden sind, welche angedacht sind und welche nicht dienlich waren. Der Motionär möchte noch eine umfassendere Abklärung. Der Stadtrat fragt konkret, ob es gute Ideen gebe. Mögliche Kooperationen herauszuschälen sei eine dauernde Aufgabe vom Stadtrat. Dabei werden Handlungsfelder bei treffen mit den K5-Exekutiven und anderen Gemeinden immerwieder angesprochen, diskutiert und womöglich geprüft und umgesetzt. Gestern hatte der Stadtrat einen Austausch mit dem Gemeinderat von Emmen. Es kommen auch stets Rückmeldungen von den Abteilungsleiter oder den Mitarbeitenden, wenn es eine Prüfungswerte Option gebe. Es muss jedoch auch immer einen Mehrwert für beide Seiten geben. Aktuell hat die Stadt Kriens zwei Anfragen für spezielle Kooperationen, jedoch müssen diese erst noch geprüft werden. Ein zusätzlicher Bericht, wie es der Motionär verlangt, gebe dem Parlament keinen Mehrwert. Der Stadtrat sei immer aktiv und bemüht sich, denn diese Aufgabe sei ein Dauerauftrag. Zu der Anfrage von Cedric Seger kommt Christine Kaufmann-Wolf aktuell gerade nur das Beispiel von Luzern Plus in den Sinn. Die Gemeinden Horw, Schwarzenberg, Malters und Kriens vermarkten Pilatusprodukte und dies wird von LuzernPlus finanziell unterstützt. Der Stadtrat lehnt die Motion ab, weil es ein Dauerauftrag sei.

Abstimmung über Ablehnung Motion Lengwiler

Mit 16:12 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Akermann Michèle	Überweisung
Albrecht Michèle	Ablehnung
Amrhein Bruno	Überweisung
Bienz Viktor	Ablehnung
Camenisch Räto	Ablehnung
Durrer Ivo	Überweisung
Erni Matthias	Überweisung
Felber Reto	Überweisung
Fluder Hans	Überweisung
Gomer-Beacco Bettina	Überweisung
Gut Kathrin	Überweisung
Kobi Tomas	Überweisung
Koch Patrick	Überweisung
Lengwiler Beda	Ablehnung

Lisibach Armin	Überweisung
Marco Meier	Überweisung
Meyer Pascal	Ablehnung
Portmann Michael	Ablehnung
Rüegg Beat	Ablehnung
Seeger Cedric	Ablehnung
Solari Simon	Überweisung
Stofer Peter	Ablehnung
Tanner Beat	Überweisung
Tschümperlin Erich	Überweisung
Vonesch Andreas	Ablehnung
Zellweger Martin	Ablehnung
Ziemssen Jörg	Überweisung
Zosso Cyrill	Ablehnung

7. Motion Ziemssen: Wichtiger Beitrag zu einem nachhaltig finanzierten Kriens

Nr. 116/22

Begründung

Laut Anita Burkhardt ist der Stadtrat für Ablehnung. Fragt den Motionär, ob er eine Diskussion wünscht.

Jörg Ziemssen dankt Beda Lengwiler für die vorher ausgelösten Voten und Diskussionen. Ebenfalls dankt er dem Stadtrat für seine Ausführungen zu seiner Motion. Der Stadtrat sieht ein, dass der Weg in Richtung nachhaltig finanziertes Kriens zeigen sollte. Zwischen den Zeilen spüre Jörg Ziemssen, dass der Stadtrat dazu leider noch kein konkretes Interesse an Umsetzungsstärke zeigt. Nebenbei wartet der Einwohnerrat seit gut 1,5 Jahren auf die zweite Lesung des Finanzhaushaltsreglements. In seiner Antwort weist man auf das Budgetdefizit für das Jahr 2022 von 3,2 Millionen Franken hin. Jörg Ziemssen erlaubt sich dazu auch ein paar Anmerkungen vorzunehmen. Die Mehrheit des Einwohnerrates stimmte dem Budget zu. Man setzte den Weg des geringsten Widerstandes um. Sie hatten den Mut für eine Steuererhöhung nicht aufgebracht. Dieser sehr grosszügig budgetierte Verlust unterzog man somit nicht dem Abstimmungs-Härtetest, dem Stimmvolk. Hinzu kommt, dass aus Sicht der FDP-Fraktion auch einige Prioritäten für gewisse Massnahmen völlig falsch umgesetzt wurden. Es gehe aber um ein anderes Thema. Nun versucht Jörg Ziemssen, seine geschätzten Ratskolleginnen und Kollegen zu überzeugen. Seine Motion sei ein einfaches und nachhaltiges Instrument die Finanzverbindlichkeiten regelmässig und unkompliziert ein wenig zu reduzieren. Dies erfolge durch diesen vom Kanton Luzern überwiesenen Zahlungseingang aus dem Finanzausgleich. Jörg Ziemssen erlaube sich sogar, von geschenktem Geld zu sprechen. Dieser Beitrag sei aufgeteilt in einen Lastenausgleich (finanziert vom Kanton) sowie einen Ressourcenausgleich (finanziert vom Kanton und Gemeinden). Beim Lastenausgleich werden die topographischen Unterschiede, die Bildungslasten, die Soziallasten sowie die Infrastrukturlasten ausgeglichen. Jörg Ziemssen konzentriere sich bei seiner Motion auf den Ressourcenausgleich. Das Ziel des Kantons Luzern ist, dass mit diesen Geldern aus dem Ressourcenausgleich die unterschiedlichen Steuererträge der Gemeinden etwas ausgeglichen werden. Der Kanton möchte, dass die Gemeinden dank diesem Beitrag finanziell wieder selbständig werden. Eine Zweckbindung gemäss Gesetz über den Finanzausgleich wird in Paragraph drei nicht explizit ausgeschlossen. Somit umsetzbar. Jörg Ziemssen habe Verständnis für den Stadtrat, dass sie so frei wie möglich bleiben möchten. Sind ihre Bestrebungen wieder einmal mehr nur leere Worte zu Gunsten eines nachhaltig finanzierten Kriens? Damit Kriens der finanziellen Selbständigkeit einen kleinen Schritt näher komme, werden mit der Idee von Jörg Ziemssen mind. 50 % der Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich zur Rückzahlung der kurzfristigen und/oder langfristigen Finanzverbindlichkeiten verwendet. Im 2023 würde dies einem Betrag von 1,2 Millionen Franken entsprechen. Im 2022 wären es Fr. 200'000.00. Die Abwicklung wäre ein idealer Zeitpunkt. Jörg Ziemssen meint der Stadtrat habe wahrscheinlich mit der 2. Lesung des Finanzhaushaltsreglements zugewartet, dass seine Motion mit ein paar wenigen Sätze dort integriert werden könne. Der Stadtrat schreibt: «Der Motionär bringt in seinem Vorstoss eine Idee ein, welche so noch

nirgends umgesetzt wird.» Beim Pensionierungsreglement sowie beim Beschaffungswesen geht die Stadt Kriens vorausschauend, innovativ und einzigartig vor. Mit diesem innovativen Modell könnte Kriens ohne grosse Aufwendungen ihre Finanzverbindlichkeiten ein wenig reduzieren. Vorallem in der heutigen Zeit, wo das Zinsniveau sehr stark angestiegen sei. Zum Vergleich ein paar Daten. Der Zinssatz der zehnjährigen Bundesobligation lag per 30. Dezember 2021 bei -0,13 % und am 28. Juni 2022 bei 1,41 %. dies ergibt einen Zinsanstieg von 1,54 % in nur 6 Monaten. Die Finanzverbindlichkeiten der Stadt Kriens liegen per Ende 2021 bei 228 Millionen Franken. Dieser Zinsanstieg ergäbe auf das gesamte Paket eine höhere Zinslast von 3,5 Millionen Franken. Jörg Ziemssen erinnert: 1/20 Steuererhöhung ergibt in Kriens circa 2 Millionen Franken Mehreinnahmen. Diese würden nicht einmal die Zinskosten decken und hätten keinen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger. Mit jeder Refinanzierung einer auslaufenden Kredittranche, müsse mehr Geld für den Zinsendienst aufgewendet werden. Das heisst Kriens habe weniger für ihre Leistungen zur Verfügung. Somit wird Kriens inskünftig jährlich einige Hunderttausend ja sogar Millionen pro Jahr mehr an Zinsen bezahlen müssen. Es kostet Kriens viel Geld. Kriens macht eine Steuererhöhung und ein grosser Teil dieser Zusatzeinnahmen fliesse gleich wieder mit dem Krienbach in die Reuss ab und sei verschwunden. Will das der Einwohnerrat? Ganz wichtig zu wissen sei, dass es sich hier um à fonds perdu Beiträge handle. Diese Gelder werden jedes Jahr neu berechnet und man weiss nicht wieviel Kriens im nächsten Jahr erhalten werde. Somit sollte Kriens mit diesen Geldern haushälterisch umgehen. Es kann aus Sicht von Jörg Ziemssen nicht das Ziel sein, dass Kriens der Gemeinde Emmen nacheifere. Der Krienser Stadtrat äussert sich in den Medien, dass man aufgrund dieser erhöhten Finanzausgleichszahlungen viele Einsparungen wieder rückgängig machen könne. Aus Sicht der FDP-Fraktion eine falsche Haltung des Stadtrates. Der Stadtrat schreibt in der Würdigung zur Jahresrechnung 2021: „Wir streben ein nachhaltig finanziertes Kriens an. Wie genau soll das funktionieren? Oder was macht Emmen, wenn sie diese 23 Millionen Franken für das Jahr 2023 plötzlich nicht mehr oder weniger erhalten? Oder der Kanton zu Lasten der finanzschwachen Gemeinden den Finanzausgleich zu deren Ungunsten anpasst? Die Stadt Kriens hat im 2011 entschieden selbständig zu sein. Dass Kriens nun eine Nehmergemeinde sei darauf dürfen Krienser nicht stolz sein. Das bedeutet, dass Kriens eine zu schwache Entwicklung bei der Steuerkraft im Vergleich zu anderen Gemeinden habe. Die finanzielle Entwicklung der letzten Jahre geht aus Sicht von Jörg Ziemssen in eine ungesunde Richtung und sei höchst alarmierend. Will sich Kriens selbstbewusst und selbständig auch bei den Finanzen weiterentwickeln? Will sich Kriens wieder Handlungsspielraum erschaffen? Mit seiner Motion möchte Jörg Ziemssen erreichen, dass Kriens schneller gesunde und nachhaltige Finanzen erreiche indem die Stadt sorgsam und weitsichtig mit diesen geschenkten Geldern umgehe. Jörg Ziemssen erachte die Idee als kleinen Beitrag mit grosser Wirkung oder auch ein Signal, dass Kriens es ernst meine mit einer nachhaltigen Finanzpolitik. Wer sich der Problematik der Krienser Finanzen bewusst sei unterstützte seine Motion.

Erich Tschümperlin dankt im Namen der Grünen/glp-Fraktion für den Vorstoss. Kriens habe nach wie vor einen Kanton, welcher Aufgaben einfach abgibt. Was ist das Ziel des kantonalen Finanzausgleichs? Der Finanzausgleich soll strukturelle Nachteile innerhalb des Kantons ausgleichen. Ziel des Ausgleichs ist es einen Beitrag an die Kosten dieses strukturellen Nachteils zu leisten. Die langjährigen Defizite zeigen, dass Kriens Anrecht darauf habe. Wenn der Einwohnerrat heute beschliesse, jährlich die Hälfte des Finanzausgleichs für den Schuldenabbau zu verwenden und deshalb weiterhin Defizite schreibe, dann haben Kriens nichts gewonnen. Zuerst werden Schulden abgebaut und dann erhöht wegen dem resultierenden Defizit. Diese Übung werde zur Nullnummer. Die Motion erweckt auch den Eindruck, dass man den Stadtrat zum Sparen zwingen müsse. Die Reaktionen auf die Sparbemühungen des Stadtrats zeigen, dass er an allen Ecken und Enden spart und auch vor sehr unbeliebten Massnahmen nicht zurückschreckt. Und der Finanzverwalter habe schon länger erkannt, dass Kriens ein strukturelles Defizit hat, die Grüne/glp-Fraktion glaubt ihm das. Und genau dafür entschädigt uns nun der Kanton. Sollte Kriens dank dem Finanzausgleich wieder positive Abschlüsse haben, dann werden die Schulden automatisch abgebaut. Es macht keinen Sinn eine Zweckbindung für bestimmte Einnahmen einzuführen. Auch die Steuern sind nicht zweckgebunden und das sei gut so. Solche punktuellen Bestimmungen lösen die finanziellen Probleme nicht, sondern schaffen neue, weil sie den notwendigen Handlungsspielraum nehmen. Und einen minimalen Handlungsspielraum braucht der Stadtrat. Denn auf die Entwicklungen bei den finanziellen Belastungen, die Covid, Ukraine-Krise (vor ein paar Minuten wurde mitgeteilt, dass Kriens nächstes Jahr eine Rechnung von Fr.

700'000.00 vom Kanton droht) oder Kostenteiler des Kantons bescheren muss auch Kriens eine Antwort finden. Zudem sei dies nicht im Sinne des kantonalen Gesetzes. Der Stadtrat schreibt in seiner Begründung, dass gemäss «§ 3: Mit dem Ressourcenausgleich wird den Gemeinden ein Grundbetrag an nicht zweckgebundenen Finanzmitteln gewährleistet. Dadurch sollen die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Steuerbelastung verringert werden.» Der Finanzausgleich sei also dazu gedacht, einen jährlichen Beitrag an die laufend anfallenden strukturellen Mehrkosten zu leisten. Und so sollte er auch eingesetzt werden. Aus diesen Gründen lehnt die Grüne/glp-Fraktion eine weitere Regelung und Verkomplizierung ab.

Michèle Akermann bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Ausführungen zur Motion Ziemssen. Die SVP könne die ablehnende Haltung nachvollziehen und unterstützen diese grundsätzlich. Jedoch möchten sie erwähnen, dass die SVP das Anliegen des Motionärs gut verstehen können und auch sie absolut der Meinung sind, dass der Schuldenabbau ein wichtiger Baustein der Finanzstrategie von Kriens sein muss. Die finanzielle Situation sei aber zurzeit schlicht so, dass es bei den laufenden Ausgaben an allen Ecken und Enden fehlt. So gerne auch die SVP Schulden abbauen möchten, scheint es momentan nicht der richtige Weg zu sein und sie können die Begründung der Ablehnung durch den Stadtrat nachvollziehen. Dies bedeutet natürlich keineswegs, dass der Betrag aus dem Ressourcenausgleich für neue Ausgaben verwendet werden soll. Dieser soll nämlich mit grösstem Bedacht bereits offene Lücken schliessen. Wie der Stadtrat ausserdem richtig festhält, will das Volk keine Steuererhöhung und auch die SVP stelle sich weiterhin dagegen. Wenn die Einnahme als Ertrag in die Erfolgsrechnung einfliesst, sinkt damit auch der Druck wiederum Steuererhöhungen zu verlangen, obschon der Stadtrat eine solche bereits angekündigt hat. Die diesbezügliche Diskussion wird erst im Rahmen der Budgetdebatte geführt, sie sind aber der Meinung, dass sich die Diskussion gegen eine Steuererhöhung schwierig gestalten wird, wenn die Motion Ziemssen überwiesen werde. Ergänzend möchte Michèle Akermann noch erwähnen, dass der Motionär ausgeführt hat, dass die Zinskosten ohne Schuldenabbau höher seien, als die Einnahmen durch die geplante Steuererhöhung. Es würde die SVP schon sehr interessieren ob dies so der Fall wäre und sie wären froh wenn sich der Stadtrat noch dazu äussern könnte.

Laut Andreas Vonesch lehnt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Motion ab. Der Motionär fordert, dass mindestens 50 % der Einnahmen aus dem Ressourcenpool zur Rückzahlung der kurzfristigen und/oder langfristigen Finanzverbindlichkeiten verwendet werden. Auch wenn das Anliegen auf den Abbau der Schulden zielt, was ja eigentlich alle wollen, so sei der Weg aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion falsch. Sie sind wie der Stadtrat der Meinung, dass die Einnahmen aus dem Ressourcenpool in die Erfolgsrechnung fliessen sollen, um Aufgaben und Ausgaben zu finanzieren und nicht Schulden abzubauen. Andreas Vonesch bezahle ja seine Hypothek auch nicht mit allfälligen Prämienverbilligungen ab. Zudem widerspricht das Anliegen dem Gesetz über den Finanzausgleich (FAG) Paragraph 1. Mit dem Grundbetrag bekommt die Stadt nicht zweckgebundene Finanzmittel, um Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Steuerbelastung zu verringern. Das seien genau zwei Punkte die Kriens stark beschäftigen und die Attraktivität der Stadt immer mehr schmälern. Die Leistungsfähigkeit sei momentan nicht berauschend und zusätzliche Steuerbelastungen werden vehement bekämpft. Der Weg zum Schuldenabbau führt über die eingeschlagene Richtung des Stadtrats und das in Aussicht gestellte Finanzhaushaltsreglement.

Michael Portmann fragt, was die Stadt Luzern habe, was die Stadt Kriens nicht hat? Moment gäbe es vieles. Schliesslich gibt es nur in der Stadt Luzern ein KKL oder ein Verkehrshaus. Und Michael Portmann geht es diesmal tatsächlich auch ums Geld. Die Stadt Luzern habe nämlich nicht nur ihre Hausaufgaben in Sachen Finanzen besser gemacht als Kriens, sondern sie hat auch effektiv die besseren Standortbedingungen als die Stadt Kriens. Was das bedeutet? Die Stadt Luzern kann ihre gebundenen Ausgaben vollständig decken und dann auch die freibestimmbaren Ausgaben stemmen. Die Verwaltung arbeitet auf Wirkung bedacht und sichert damit die guten Standortbedingungen für die Stadt Luzern. Und weil systematisch gearbeitet wird, werden auch Gewinne von über 20 Millionen Franken wie letztes Jahr allein aus der Nachkommen-Erbschaftssteuer möglich. Etwas was Bürger in Kriens nicht mal träumen dürfen,

weil Kriens freiwillig auf die Nachkommen-Erbschaftssteuer verzichtet habe. In Kriens setze die bürgerlich geprägte Politik in Kriens leider auf das Modell der unterfinanzierten Stadt. In den letzten Jahren fehlten systematisch pro Jahr durchschnittlich 2 Millionen Franken, um die Fixkosten der Stadt Kriens zu decken. 2019 zwingt dann der Kanton Luzern alle Luzerner Gemeinden zu einer Steuersenkung. Mit dieser Steuersenkung war dann die Aussicht auf ausgeglichene Stadtfinanzen definitiv vorbei. Die Steuerkraft nimmt weiter ab, weil wichtige Investitionen in die Standortfaktoren nicht mehr möglich sind und nebenbei leidet auch das Image der Stadt Kriens. Seit dann ist eine klare Abwärtsspirale im Gange, welche nun sogar dazu führt, dass die Stadt Kriens in den bitteren Genuss des kantonalen Ressourcenausgleichs kommt. Ja, bitter! Warum? Und schon steht in der Luzerner Zeitung, dass Horw mehr zahlen müsse und Kriens profitiere. Da habe Michael Portmann etwas dagegen. Horw habe immer noch hohe Steuereinnahmen und trotzdem nur einen Steuerfuss von 1,5 Einheiten. Profitiert Horw nicht einfach davon, dass es am See liegt, und damit reichen Menschen einfach bessere Immobilien anbieten kann? Soll sich nun Kriens darüber beklagen, dass es keinen Seeanstoss hat? Schliessen wir also diese interessante Frage nach Steuergerechtigkeit und Gleichbehandlung wieder. Es bleibe nur, dass die Stadt Kriens nun auch bezüglich Ressourcenausgleich bei der Luzerner Zeitung als «arme» Stadt gilt. Vielleicht entsteht daraus das Bedürfnis der FDP nach mehr Regulation, noch mehr Zwängen und mehr Finanzkontrolle? Warum soll nun die finanzielle Hilfe für die Stadt Kriens, welche in Standortfaktoren, ins Erhalten der Konkurrenzfähigkeit investiert werden müsste, schon wieder halbiert, eingeteilt und gespalten werden? Wird die finanzielle Situation allein dadurch besser, dass immer wieder neue Regeln ins Spiel gebracht werden? Oder wäre es langsam, aber sicher nicht auch wichtig, dass sich alle hier im Einwohnerrat darauf zurückbesinnen, was sie für die Stadt Kriens wollen? Welche Wirkung soll der Aufwand von über 200 Millionen Franken für die Stadt Kriens entwickeln? Wie können wir damit die Steuerkraft erhöhen und allen Menschen in Kriens einen attraktiven Wohn- und Arbeitsort bieten? Was sind unser Antworten auf die urbanen Fragestellungen, welche sich für die Stadt Kriens als Teil des Grossraums LuzernPlus ergeben? Die SP Kriens lässt sich nicht mehr von diesen Fragen ablenken, nur weil ein weiteres finanzielles Instrument als Rettung gepriesen wird. Dort noch an der Schraube drehen, dort etwas wegzwickeln, dort die Verwaltung mit solchen Vorstössen beschäftigen und da noch die Tarife erhöhen. Zack, schon bietet Kriens wieder Blickschlagezeilen. Das muss ein Ende haben und nicht zur Gewohnheit werden. Deshalb lehnt die SP Kriens die Motion ab und würde auch einem Postulat nicht zustimmen.

Für Räto Camenisch ist der Vorstoss ein Schattenboxen. Erich Tschümperlin habe es klar und deutlich gesagt. Man kann mehr Defizit machen und Schulden abbauen. Dies sei wie wenn jemand zu wenig Einkommen habe und das Geld spart, jedoch die Rechnungen nicht bezahlt. Der Finanzausgleich sei nicht für das da. Räto Camenisch war damals in der Kommission, als dieser erschaffen wurde. Das Anliegen war stets Gerechtigkeit. Eine Gemeinde im Entlebuch kann nicht gleich agieren wie eine am See. Man kann das zu einem Teil machen mit dem Finanzausgleich, jedoch nicht 100 % sonst wäre es wieder eine Gleichmacherei, welche nicht stimmt. Deshalb wird der Finanzausgleich stets verbessert und davon kann Kriens nun profitieren. Diese Gerechtigkeit wurde nicht gemacht, dass es aufs Sparbuch getragen wird. Kriens habe ganz klar ein Finanzproblem und dieses muss Kriens mit dem Finanzhaushaltsreglement lösen. Wenn Kriens die Steuern weiter erhöhen wird, wird sich dies derart rächen, denn im Umfeld gibt es Gemeinden, welche viel besser dastehen. Räto Camenisch glaubt deshalb, dass dieser Vorstoss auf dem falschen Weg sei.

Marco Meier hat diverse Stichwörter aufgefasst. Alles über alles zahle Kriens 1 % auf die 200 Millionen Franken. Es sei nicht so, dass das gesamte Geld von der Bank finanziert sei. Das sei nicht langfristig finanziert, wie vorhergesagt und die Zinsen steigen schnell an. Will Kriens das Geld den Banken zahlen oder lieber anders verwenden. In Zukunft positive Bilanzen ausweisen wurde ebenfalls erwähnt. Sei es denn möglich, dass im 2023 eine positive Bilanz ausgewiesen werde ohne eine Steuererhöhung? 2024? Es könnten auch Schulden abgebaut werden über die Abschreibungen. Jedoch seien die Abschreibungen da um dieses Gebäude wieder zu refinanzieren, deshalb sei dies evtl. auch nicht ganz der richtige Weg. Es wurde auch gesagt «Ich zahle meine Hypothek auch nicht mit Prämienverbilligung», der Punkt sei jedoch,

dass die Hypothek bezahlt werde. Genau hier liegt der Unterschied, denn die Stadt Kriens bezahlt die Schulden nicht zurück.

Roger Erni «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» die Bibel inkludiert mit dem Finanzhaushaltsreglement. Dies sei der Beitrag vom Stadtrat zu einem nachhaltig finanzierten Kriens und auch der Weg vom Schuldenabbau. Dem Stadtrat sei bewusst, dass dieser Weg etwas langsamer sei als die Idee vom Motionär und auch, dass es nicht allen Parteien passt. Deshalb hat es sich der Stadtrat nicht einfach gemacht und diese umfassende Antwort erstellt. Der Stadtrat werde sich weiterhin um die Stadtfinanzen im Gleichgewicht kümmern. Das Budget 2023 werde nicht so, wie es Marco Meier im Kopf habe. Eine positive Rechnung ohne Steuererhöhung sei schwierig bis ganz schwierig. Der Stadtrat habe jedoch eine Konkordante Lösung erarbeitet. Der Stadtrat versucht den Weg nach der Entwicklung der Verdopplung der Schulden in den letzten zehn Jahren zu gehen. Nicht gerade wie der Bund dies in den 90er Jahre gemacht habe, aber für die Stadt Kriens muss eine Lösung mit dem Finanzhaushaltsreglement gefunden werden. Der Stadtrat versucht zusammen mit dem Einwohnerrat ein Mehrheitsfähiges Finanzhaushaltsreglement zu kreieren. Der Stadtrat denkt, dass sie mit dieser Beantwortung den Weg klar aufgezeigt haben.

Abstimmung über Ablehnung Motion Ziemssen

Mit 22:6 Stimmen wird der Beschlusstext abgelehnt.

Akermann Michèle	Ablehnung
Albrecht Michèle	Ablehnung
Amrhein Bruno	Ablehnung
Bienz Viktor	Ablehnung
Camenisch Rätö	Ablehnung
Durrer Ivo	Überweisung
Erni Matthias	Überweisung
Felber Reto	Ablehnung
Fluder Hans	Ablehnung
Gomer-Beacco Bettina	Ablehnung
Gut Kathrin	Ablehnung
Kobi Tomas	Ablehnung
Koch Patrick	Ablehnung
Lengwiler Beda	Ablehnung
Lisibach Armin	Überweisung
Marco Meier	Überweisung
Meyer Pascal	Ablehnung
Portmann Michael	Ablehnung
Rüegg Beat	Ablehnung
Seeger Cedric	Ablehnung
Solari Simon	Ablehnung
Stofer Peter	Ablehnung
Tanner Beat	Überweisung
Tschümperlin Erich	Ablehnung
Vonesch Andreas	Ablehnung
Zellweger Martin	Ablehnung
Ziemssen Jörg	Überweisung
Zosso Cyrill	Ablehnung

8. Bericht Postulat Albrecht: Hilflosenentschädigung Heime Kriens

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und dem Sozialdepartement für den umfassenden Bericht. Aufgrund der Ausführung ist nun bekannt, dass sich die Ergänzungsleistungen am Vermögen orientieren und bei der AHV-Zweigstelle der Wohngemeinde beantragt werden. Anderst verhält sich die Hilflosenentschädigung. Sie orientiert sich an der Gesundheit. Der Antrag erfolgt an die IV Luzern bzw. den Bund. Der HE-Bezug wird bei EL-Anspruch als Einnahme angerechnet. Auf den 1. Blick hat also weder der Bewohner noch das Heim einen Vorteil, sondern der HE-Antrag ist sogar mit administrativem Mehraufwand durch das Heimpersonal verbunden. Auf den 2. Blick aber sehr wohl: Einerseits muss die EL mit der Erbmasse zurückerstattet werden, nicht aber die HE (Interesse der Nachkommen). Andererseits können Minderaufwände für Gemeinde von bis Fr. 11'472.00/Bewohner anfallen (Interesse Stadt Kriens). Die Prüfung bzw. der Bericht soll zu Klarheit schaffen; ob diese Praxis bereits systematisch angewendet wird und sich damit positiv auf das finanzielle Ergebnis der Sozialdienste auswirken. Die Ausführungen der Stadt Kriens zur Hilflosenentschädigung sind korrekt. Es sei tatsächlich so, dass die Stadt Kriens die Heimbewohnenden nicht «zwingen» kann, die HE geltend zu machen (keine Handhabe). Nichtsdestotrotz hat die Stadt Kriens erkannt, dass mit einer systematischen und regelmässigen Aufklärung durchaus finanzielle Vorteile erfolgen können. Übrigens gibt es offenbar bereits Kantone, die bei EL-Anspruch nicht geltend gemachte HE-Ansprüche als fiktive Einkommen anrechnen. Der Anreiz, die Anmeldung vorzunehmen steigt damit drastisch. Das Vorgehen mit dem Infoschreiben an die Bewohnenden und damit auch die Sensibilisierung der Heime Kriens AG erachte Michèle Albrecht als sinn- und wertvolle Massnahme. Wichtig sei, dass nicht nur der Hinweis zur Anmeldung gemacht wird, sondern dass auch bei einem mittleren HE-Anspruch geprüft wird, ob allenfalls zwischenzeitlich eine Anpassung auf eine schwere HE besteht. Nicht wirklich zum Ausdruck kommen die möglichen positiven Auswirkungen auf die Stadtfinanzen; sind nicht also quantifiziert; wurde mit dem Vorstoss aber auch nicht verlangt. Aus dem Grund erlaubte sich Michèle Albrecht bei der Diskussion innerhalb der KBSG nachzufragen. Die engagierten Abteilungsleiterin habe ihr bestätigt, dass die Sozialversicherungen die Stadt Kriens aufgrund der soziodemografischen Entwicklung (Überalterung) in den nächsten Jahren ausserordentlich beschäftigen werden – exakt diese Erkenntnisse wollte Michèle Albrecht anregen und einen hoffentlich positiven Effekt für die Krienser Stadtfinanzen erwirken: «Danke für diesen ersten zukunftssträchtigen Schritt im Sinne des Sozialwesens, der Finanzen und somit der gemeinsamen Politik!»

Laut Kobi Tomas dankt die Grüne/glp-Fraktion dem Stadtrat für den Bericht. Er zeigt auf, welche Möglichkeiten die Stadt hat oder eben nicht. Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht auf, wo ihm die «Hände gebunden sind», d.h. am Handeln gehindert ist, bzw. keine (zulässige/vertretbare) Möglichkeit der Einflussnahme hat. Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Stadt Kriens kein direktes Bestimmungsrecht über die Heime Kriens AG hat. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie keinen Einfluss nehmen kann. Dies verneint der Stadtrat auch nicht und verweist darauf, dass er die Möglichkeit hat in einem Schreiben an die Heimbewohnenden, welche von der Stadt Kriens pflgefinanziert werden, jährlich einen entsprechenden Brief mit dem Hinweis zur Anmeldung der Hilflosenentschädigung zu senden. Die Grüne/GLP Fraktion ist jedoch der Meinung, dass hier auch die Heim Kriens AG proaktiver sein kann und einen entsprechenden Hinweis «prominent» auf ihrer Homepage platziert, wie dies z.B. das Gesundheitszentrum Fricktal (GFZ) macht <https://www.gzf.ch/pflegeheim> unter Pflegeheim – wer zahlt? Dies sei mit einem Klick abrufbar und kann als PDF heruntergeladen werden. Leider habe Tomas Kobi diesbezüglich nichts Aktuelles auf der Homepage der Heime Kriens AG gefunden.

Michèle Akermann möchte sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für den detaillierten Bericht zum Postulat bedanken. Sie unterstützen die Bestrebungen der Postulantin für Kriens die Kosten zu reduzieren. Das vorliegende Postulat erinnert in diesem Sinne sehr an die Interpellation Lengwiler (092/22), in welcher es um die individuelle Prämienverbilligung ging. Erwartungsgemäss nimmt die Heime Kriens AG die Anmeldungen für die Hilflosen Entschädigung vor und überprüft auch regelmässig ob weitere Personen auf diese

Anspruch haben. Dass die berechtigten Personen im Endeffekt die Entschädigung selbst beantragen müssen und nicht dazu gezwungen werden können, sei eine Tatsache. Wenn diese aber entsprechend darauf aufmerksam gemacht werden, gehe die SVP-Fraktion davon aus, dass die Anträge auch gestellt werden. Sie sind mit dem detaillierten Bericht einverstanden und sehen die Ausführungen positiv. Ein Punkt in der Beantwortung hat die SVP dann aber doch noch etwas irritiert. Nämlich, dass der Stadtrat den Einfluss auf die Heime Kriens AG derart herunterspielt. Schlussendlich sei der Stadtrat im Verwaltungsrat und hätte dort zwei Sitze zur Verfügung. Ausserdem sei die Stadt Kriens Hauptaktionär, da muss eine Einflussnahme möglich sein, sonst schreibt man dies in die Leistungsvereinbarung. Die SVP erwarte daher auch vom Stadtrat, dass er diese Möglichkeiten ausschöpft.

Laut Bettina Gomer-Beacco kann Kriens es sich nicht leisten, irgendwo einen Rappen nicht abzuholen. Bei der Hilflosenentschädigung werde sichtbar, wie schwierig solche Vorsätze teilweise umsetzbar sind. So kann die Verwaltung dies nicht einfach selbst tun, sondern ist auf die Mithilfe von «Anderen» angewiesen. Hier sind es Angehörige oder Bevollmächtigte, die vielleicht nicht einmal in Kriens wohnhaft sind. Da es insgesamt bei einem EL Bezug unter dem Strich kein höheres Einkommen ergibt für die betroffene Personen, fehlte bis anhin ein Anreiz die HE anzufordern. Durch die Gesetzesänderung per 1. Januar 2021 müssen jedoch auch eine EL Bezügerin und -bezüger beim Todesfall Ergänzungsleistungen zurückbezahlen, wenn der Nachlass Fr. 40'000.00 übersteigt. Der Anreiz sei nun somit gegeben. Für betroffene Personen mit Vermögen sei es sowieso interessant die HE einzufordern, da diese für alle Menschen ohne Berücksichtigung des Einkommens und des Vermögens ausbezahlt wird. Der Gedanke liegt nahe, dass, wer im Heim lebt, wohl eine Hilflosigkeit schweren Grades gelten machen kann, leider nein... In der Beantwortung des Postulats wird dies bereits erklärt, Bettina Gomer-Beacco erklärt es nochmals: Die AHV kennt drei Stufen von Hilflosigkeit: leicht, mittel, schwer. Entscheidend sei, wie viel Hilfe jemand benötigt für Ankleiden resp. Auskleiden / Aufstehen, Hinsetzen, Hinlegen / Essen / Körperpflege / Toilettengang / Fortbewegung, Kontakt mit der Umwelt. Leichte Hilflosigkeit besteht: wer in mindestens zwei dieser Handlungen auf Hilfe von Dritten angewiesen = Fr. 237.00. Diese wird nur zu Hause ausbezahlt. Mittlere Hilflosigkeit besteht, wer trotz Hilfsmitteln in vier Handlungen regelmässig in erheblicher Weise auf Hilfe von Dritten angewiesen ist = Fr. 593.00. Schwere Hilflosigkeit besteht, wer in allen diesen Handlungen auf Hilfe und zudem auf dauernde Pflege oder persönliche Überwachung angewiesen ist = Fr. 948.00. Diese Zahlen beruhen bei Hilflosenentschädigung im Pensionsalter, falls die Person als IV Bezügerinnen und Bezüger im Heim lebt, sind es kleinere Beiträge. Zuständig um den Ball ins Rollen zu bringen und die HE anzufordern, sind momentan die Betroffenen, Angehörigen, Beistände, Treuhanddienste. Damit überhaupt Geld gesprochen wird, muss sehr detailliert beschrieben werden, was gemacht wird. Das sind mehrere Seiten Formular, welches von den Pflegefachpersonen ausgefüllt werden muss. Der Arzt oder die Ärztin macht auch ihren Teil aber er oder sie weiss nicht wieviel und welche Pflege da täglich gemacht wird. Also wird ausgefüllt. Damit wird Arbeitszeit erneut für Bürokratie aufgewendet statt in die Pflege und es leidet oftmals die Qualität. Und zum Schluss ist dann häufig ausser Spesen wenig gewesen, denn gerade dementiell betroffene Menschen erfüllen vielleicht gerade mal so die 2. Stufe der Hilflosigkeit. Sie brauchen beim Anziehen und der Orientierung Anleitung, sie können sich selbst Fortbewegen und Essen selbstständig. Auch der Toilettengang ist meist noch lange problemlos durchführbar, wenn die Toilette gefunden wird. Bei Psychisch erkrankten Menschen im Alter sieht es noch schlechter aus, und diese Gruppe nimmt zu. In Kriens wurde im Jahr 2021 pro EL Bezügerin und Bezüger durchschnittlich Fr. 1'460.00 ausbezahlt, das sind rund Fr. 300.00. weniger als im Schweizer Durchschnitt. In Kriens gibt es keine Aufspaltung der Zahlen auf Privat oder Heim lebend, gesamtschweizerisch gibt es dies. So wurde 2020 im Heim Fr. 3'337.00. pro Person durchschnittlich EL ausbezahlt. Ich gehe davon aus, dass der massive Unterschied von Privat lebend auf im Heim lebend von Fr. 2'000.00 ähnlich in Kriens sichtbar wäre. Da sind dann diese Fr. 593.00 bei mittleren Hilflosigkeit immerhin ein Sechstel der EL. Bei denen, welche es um geringe EL geht, kommt es zum Schwelleneffekt mit der Krankenkassenprämienvergünstigung und zum Schluss bleibt wenig haften. Bettina Gomer-Beacco wiederholt, Kriens sei auf jeden Rappen angewiesen, darum sei dieser Vorstoss auch gut. Sie dankt also allen Beteiligten, die sich Jahr für Jahr darum kümmern und mehrere Seiten dafür ausfüllen. Es sei eine Arbeit, die nicht in Rechnung gestellt werden kann. Es sei wichtig überall Geld herein zu holen, genauso wichtig erscheint der SP aber, dass Kriens in die Zukunft investiere. EL Bezüger sind eben meist Bezügerinnen,

denn Frauen sind doppelt so oft auf Ergänzungsleistungen angewiesen wie Männer. Die berufliche Vorsorge dient vielen Frauen – und ganz besonders jener Generation Frauen, die in den nächsten Jahren in Rente geht. Denn noch immer erhält fast ein Drittel der Frauen aus verschiedenen Gründen gar keine Rente aus der 2. Säule. Sofern eine Pensionskassenrente ausbezahlt wird, sei die mittlere PK-Rente von Frauen nur etwa halb so hoch wie diejenige der Männer. Das heisst, unterstützen wir Familien in der Kinderbetreuung mit genügen Betreuungsgutscheinen bleibt nicht nur bei den Familien mehr übrig Ende Monat und generiert Steuereinnahmen, sondern entlastet irgendwann auch die EL weil Frauen im Erwerbsleben bleiben und sich Qualifizieren.

Roger Erni hat drei Ergänzungen und Antworten zu diesem Thema. Er dankt für die guten Ausführungen von den Experten im Gesundheitsbereich hier im Einwohnerrat. Roger Erni habe sehr gut aufgepasst und er werde dann auch Cla Büchi informieren. In der KBSG wurde die finanzielle Entlastung besprochen, welche von Michèle Albrecht angesprochen wurde. Die Stadt Kriens erhält 2 Millionen Franken aus dem Lasten- und Finanzausgleich für die vielen über 80-jährigen Personen in Kriens. Es sei sehr schwierig quantifizierbar. Bettina Gomer-Beacco hat dies sehr gut erklärt. Es sei eine super Idee dies aufzuzeigen und darüber zu sprechen aber die finanziellen Auswirkungen sind schwer auf den Punkt zu bringen. Die Heime Kriens AG bewirtschaften wie im Postulat angefragt, Anmeldungen der Hilflosen Entschädigung systematisch. Das ganze Thema der Hilflosen Entschädigung sei jedoch sehr Bürokratisch und braucht deshalb auch entsprechend viel Ressourcen, welche in der Pflege benötigt werden. Man muss auch bedenken, dass es im Gesamtkonzept Bund, Kanton und Gemeinden eine Nullsummenrechnung ist. Die Frage von Michèle Albrecht war vlt. nicht ganz passend und der Stadtrat hat genau auf die Frage geantwortet. Es wurde die systematische Bewirtschaftung der Stadtverwaltung angefragt und die Stadtverwaltung hat nicht 1 zu 1 Einfluss.

9. Bericht Postulat KBVU: Vertrag über die Versorgung mit Trinkwasser

Nr. 079/21

Peter Stofer dankt der Stadtverwaltung und insbesondere Martin Haas, Ressortleiter Wasserversorgung, für die Leistungen. Das es so gut funktioniert sei nicht selbstverständlich. Wenn man auf die städtische Wasserversorgungspolitik der letzten Jahrzehnte schaut, muss man sagen es wurden viele politische und strategische Schnellschüsse und Fehlentscheide gemacht. Einerseits wurde der Planungskredit «Zukunft Wasserversorgung Kriens» vom Einwohnerrat versenkt. Peter Stofer erinnert auch an die Volksabstimmung, welche knapp verloren ging, zu Erstellung vom Seewasserwerk zusammen mit Horw. Es wurde dafür eine Reihe von Schutzzonen aufgehoben und die Quellen wurden geschlossen, damit Überbauungen gemacht werden konnten. Offenbar stehen da die privaten Interessen vor den öffentlichen Interessen. Als im Herbst 2020 über die Verlängerung vom Wasserliefervertrag debattiert wurde, wurde allen schmerzlich in Erinnerung gerufen, dass Kriens eigentlich keine Verhandlungsoption habe und diesen Vertrag durchgewinkt werden muss. Kriens hat eigentlich genügen Wasser und trotzdem muss jedes Jahr über eine Million Kubikmeter Trinkwasser zugekauft werden. Es wurde allen klar, dass die Stadt Kriens keine belastbare Wasserversorgungsstrategie hat. Diese Situation führte dazu, dass die KBVU dieses Postulat geschrieben hat. Darin wurde die längst fällige Wasserversorgungsstrategie gefordert. Die Grüne/glp-Fraktion hat die Antwort vom Stadtrat auf diesen Vorstoss geprüft und ist im Grundsatz damit einverstanden. Die Fraktion hat jedoch noch einige zusätzliche Erwartungen. Dem Schutz vom Grundwasser und den Quellwasserfassungen muss in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden. Es könne nicht sein, dass weiterhin Schutzzonen aufgehoben werden. Es müssen Kooperationen gesucht werden. Der Stadtrat soll überlegen, mit wem hier zusammengearbeitet werden könnte. Das Trinkwasser im öffentlichen Raum, werde immer wichtiger und das längst versprochene Brunnenkonzept soll deshalb ebenfalls in die Wasserversorgungsstrategie gepackt werden. Die Grüne/glp-Fraktion erwarte auch noch eine Aufarbeitung von der Vergangenheit. Es soll aufgezeigt werden, wie es dazu kam, dass das Wasserschloss Kriens 60 % vom Trinkwasser einkaufen muss. Die Fraktion ist gespannt auf die Strategie und folgt dem Antrag vom Stadtrat, dass dieses Postulat noch nicht abgeschrieben werden soll.

Laut Patrick Koch ist die SVP-Fraktion sehr gespannt auf die Wasserversorgungsstrategie. Es sei eine hehre Absicht mit verschiedenen Anbietern Lieferverträge abzuschliessen. Auf jeden Fall soll der Wettbewerb auch bei der Wasserversorgung spielen. Vertragsverhandlungen mit mehreren Playern muss sich für Kriens auszahlen. Letztendlich sei eine Vergabe an den günstigsten Anbieter wünschenswert. 40 % des Bedarfs wird mit Eigenwasser abgedeckt. Dieser Wert ist bereits recht hoch und könnte nur mit massiven Investitionen erhöht werden. Kriens wäre überdies gar nicht in der Lage die Wasserversorgung mit eigenem Wasser selbst zu gewährleisten. Sehr hohe Investitionen würden auch zukünftige Wasserbezüge aus Emmen voraussetzen. Eine Zusammenarbeit mit der Wasserversorgung Horw wäre technisch einfacher umsetzbar. Doch sind die Horwer Ressourcen beschränkt. Die benötigte Gesamtmenge kann aus der Nachbargemeinde nicht geliefert werden. Es liegt auf der Hand, dass der Wasserbezug auch in Zukunft von ewl am günstigsten sein wird. Im Moment ist denn auch keine Preiserhöhung vorgesehen, dies war auch ein Grund den Vertrag mit der ewl zu verlängern. Die ewl ist technisch auf dem neusten Stand. So wurde z.B. vor vier Jahren eine der modernsten Trinkwasseraufbereitungsanlagen weltweit - das Quellwasserwerk Sonnenberg eröffnet. Ein Vertrag mit zwei Lieferanten wäre möglich, dürfte aber teuer sein. Zuerst müssten bauliche und technische Strukturen geschaffen werden. Schlussendlich muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein. Positiv ist der Umstand, dass durch eine konsequente Erneuerung des Leitungsnetzes der Wasserverlust deutlich gesenkt werden konnte und dass dank dem technischen Fortschritt, aber auch durch die Sensibilisierung der Bevölkerung mit einem weiteren Rückgang des Wasserverbrauchs gerechnet werden kann. Die Wasserversorgungsstrategie wird im Frühjahr 2023 dem Einwohnerrat vorliegen. Die SVP fragt sich, ob es grundsätzlich richtig ist, ein internes Strategiepapier, das als Grundlage für Verhandlungen dient, öffentlich im ER auszudiskutieren? Sollte eine solche Diskussion nicht intern geführt werden? Diesbezüglich sei die SVP noch dankbar für eine Antwort des Stadtrates. Die SVP Kriens dankt dem Stadtrat für den Bericht und ist damit einverstanden, diesen erst mit dem Vorliegen der Wasserversorgungsstrategie abzuschreiben.

Armin Lisibach dankt im Namen der FDP-Fraktion für die Beantwortung, wie auch zur Aussicht, dass dieses erst abgeschlossen wird, wenn die Wasserversorgungsstrategie vorliegt und damit entsprechend den Erwartungen der KBVU angestrebt wird. Wichtiger Punkt ist die verbesserte Verhandlungsmöglichkeiten durch das Multi-Vendor-Potential. In die Wasserversorgungsstrategie, darf auch das Potential des Postulates «162/18 - Postulat Tanner: Mit dem Bau des Bypasses eine Wasserleitung von Emmen nach Kriens» adaptiert werden. Im Bericht zum Postulat vom 21. August 2019 wurde explizit auf die MultiVendorThematik hingewiesen. Armin Lisibach zitiert «Das Risiko, von einem einzigen Grundwasser-Versorgerabhängig zu sein, ist viel zu gross.» Demnach gehe Armin Lisibach schwer davon aus, dass Kriens demnächst eine Strategie haben werde, bei welcher die Versorgungssicherheit zu Marktpreisen möglich sein wird.

Viktor Bienz dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion. Der Stadtrat zeige die wesentlichen Punkte für eine zukunftsorientierte Strategie klar auf. Dabei soll die Versorgungssicherheit, Qualität, Abhängigkeit, Preis usw. im Vordergrund stehen. Verschieden Bezugsquellen sind dem Stadtrat von strategischer Bedeutung. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unterstützt das Vorgehen vom Stadtrat und ist für die Nicht-Abschreibung vom Postulat. Es soll geprüft werden, ob man die Krienser Quellen, welche man der Stadt Luzern übergeben hatte, zurückholen kann.

Laut Reto Felber findet es die SP-Fraktion richtig das Postulat nicht abzuschreiben. Die Erwartungen von der Grünen/glp-Fraktion kann die SP unterstützen.

Maurus Frey schickt voraus, dass keine Vergangenheitsbewältigung gemacht wird in einer zukunftsgerichteten Strategie. Die spannende inhaltliche Diskussion werde dann mit dem Vorliegen von der Wasserversorgungsstrategie geführt werden. Der Einwohnerrat hat richtig festgestellt, dass die Strategien bis anhin

gefehlt hatten. Die Eigenversorgung wurde zu Gunsten von der Siedlungsentwicklung aufgegeben. Man wollte in einer Kooperation mit Horw die Wasserversorgung sicherstellen. Leider konnte man im Volk keine Mehrheit überzeugen. Deshalb war die Stadt Kriens in dem letzten Jahrzehnt im Wasserrad gefangen. Der Einwohnerrat hat ein Inhaltsverzeichnis erhalten und der Stadtrat werde diesem Inhaltsverzeichnis entsprechend eine Strategie vorlegen. Diese Strategie werde dann in einer Tiefe diskutiert, damit eine Einigkeit gefunden werden kann. Die Strategie soll dann die Grundlage für eine sichere und kosteneffiziente Wasserversorgung sein. Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat für die Geduld. Es war aufgrund vom parallellaufenden Projekt «Sanierung Wasserreservoir Schwynferch» nicht möglich die Strategie auszuarbeiten.

Das Traktandum ist somit erledigt und das Postulat wird gemäss Antrag vom Stadtrat erst mit dem Vorliegen der Wasserversorgungsstrategie abgeschrieben.

10. Bericht Postulat Portmann: Auch die Stadt Kriens braucht ein klar definiertes Zentrum

Nr. 047/21

Michael Portmann findet jede Stadt hat ein Zentrum, ob sie will oder nicht. Bereits im Bau- und Zonenplan drin wird sichtbar, dass der Kanton Luzern für Kriens eine Zone Dorfkern sowie umliegende erweiterte Zentrumszonen definiert hat. Dieses Stadtzentrum entspricht ziemlich exakt dem Vorschlag von Michael Portmann für ein neues Quartier mit dem Namen «im Zentrum». Mit seinem Postulat spreche er ein offenes Problem an, welches die Stadt Kriens habe. Das Stadtzentrum hat keinen Namen und kann deshalb auch nicht klar adressiert werden. Es bleibe schwammig. Gleichzeitig geht ausgerechnet in diesem Teil der Stadt bautechnisch die Post ab. Bellareal und Zeierareal sind Flächen, welche das Stadtzentrum massgeblich prägen werden. Was fehlt sei eine Definition, wo das Stadtzentrum der Stadt Kriens beginnt und wo es endet. Michael Portmann findet sein Vorschlag mit dem Quartier «Im Zentrum» wäre eine elegante Möglichkeit gewesen, die Siedlungsqualität zu erhöhen. Wie viele andere Städte mache Kriens damit einen grundlegenden Fehler. Kriens fördert die Verdichtung, ohne die Siedlungsqualität echt zu beachten. Was aber bedeutet Siedlungsqualität? Im Raumplanungsgesetz fehlt eine Definition der Siedlungsqualität. Darum hat Espace Suisse, der schweizerische Verband für Raumplanung in einem aufwendigen Prozess mit vielen Schweizer Städten anhand von Beispielen die wichtigsten 10 Aspekte einer guten Siedlungsqualität festgelegt. Und da wird als erstes erwähnt, dass ein belebtes Ortszentrum der wichtigste Aspekt sei. Identität und Geschichte sowie Baukultur und Ästhetik folgen als nächste wichtige Aspekte. Erst als Punkt 4 werden die soziokulturellen Angebote erwähnt. Das wären dann Quartiervereine. So betrachtet zäumt der Stadtrat das Pferd von hinten auf, wenn er von den Quartiervereinen spricht und es deshalb ablehnt ein Stadtzentrums-Quartier festzulegen. Espace Suisse sagt exakt umgekehrt. Zuerst Raum schaffen und dann bespielen. Übrigens haben zwei Quartiere entlang vom Zentrum der Stadt Kriens auf der Seite Sonnenberg keine Quartiervereine, so dass über 8'000 Menschen in Kriens keinen «Kontakt in ihrem Lebensumfeld im Quartier knüpfen» können. Das wird im Bericht zum Postulat als heute überall in Kriens gegeben erwähnt, verfehlt aber leider die Realität bei weitem. Im Gegenteil weisen die fehlenden Quartiervereine auf eine empfindliche Lücke im gesellschaftlichen Leben in der Stadt Kriens hin und leider auf fehlende Siedlungsqualität. Es fehlt ein klar definiertes Zentrum, z. B. mit Hilfe eines Quartiers «Im Zentrum». Die Antwort des Stadtrats gefällt Michael Portmann gar nicht. Nun werde Michael Portmann dem Einwohnerrat gut zuhören und sich dann im Votum der SP Kriens nochmals melden.

Für Cyrrill Zosso und die Grüne/glp-Fraktion scheint der Bericht noch etwas vom Kater nach der Abstimmung zur Testplanung im Zentrum geprägt zu sein. Es scheint so, als hätte dieser Kredit für sämtliche Entwicklungen hinhalten müssen, der Nutzen wäre sicherlich gross gewesen für Kriens. Aber Kriens müsse sich von Tränen verabschieden und nun weiter gestalten. Es geht nicht hervor, wie der Stadtrat weiterarbeiten wird. Hat er eine Vision? Die Vision sei eigentlich gegeben mit Entwicklungskonzept Luzerner- und Obernauerstrasse, wird aber nicht erwähnt. Darin gehen folgende Punkte hervor: Zentrumsfunktion stärken, Kleingewerbe stärken, räumliche Qualitäten stärken, Geviert-Strukturen im Zentrum erhalten, das Herz

erreichbar machen, das touristische Potenzial nutzen. Es reiche nicht aus, zu sagen: «Die Stadt Kriens verfolgt das Ziel einer integrativen, prosperierenden und zukunftsfähigen Stadt, die alle KrienserInnen eine hohe Lebensqualität bietet und ihnen die Möglichkeit gibt, sich aktiv am städtischen Leben zu beteiligen. Es wäre schön gewesen hier zu hören, wie der Stadtrat das macht, in Bezug auf das Entwicklungskonzept Luzerner- und Obernauerstrasse».

Laut Hans Fluder ist es aus Sicht der SVP nicht die Aufgabe des Stadtrates das ehemalige Dorfzentrum zu einem Stadtzentrum weiter zu entwickeln. Das sei die Aufgabe der Quartiervereine. In Kriens gibt es sieben Quartiervereine. Viele Vereine haben grosse Mühe Vereinsmitglieder zu mobilisieren, die ein Anlass oder ein Fest organisieren. Jeder will nur noch an einem Anlass teilnehmen aber nicht mithelfen, da fehlt die Zeit oder auch das Interesse. Das ist für diejenigen, die das ganze organisieren sehr frustrierend. Den Vereinen bleibt nur noch die Wahl mit gleichgesinnten zu fusionieren oder den Verein aufzulösen. Im letzten Herbst 2021 organisierte die Überbauung Mattenhof ein grosses Fest, wo sehr viele Attraktionen geboten wurden, dass sehr viele Besucher anlockte. Auch für Kinder hatten sie ein Programm zusammengestellt. Oder die Gallizunft, die dieses Jahr das 100 jährige Bestehen feiern, planen und organisieren seit Monaten an ihrem Fest. OK Präsident Erwin Schwarz kann am besten Auskunft geben. Wer schon einmal ein Fest organisiert hat, weiss wieviel Arbeit dahintersteckt. Hans Fluder denke auch an den Weihnachtsmarkt im Bellpark, der ohne freiwillige Helfer gar nicht mehr durchgeführt werden könnte. Ohne freiwillige Helferinnen und Helfer können keine Feste stattfinden. Das sei aus Sicht von Hans Fluder ein Armutszeugnis.

Beda Lengwiler dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für den Bericht und dem Postulanten für den Vorstoss. Die Quartierstruktur in Kriens sei wichtig. Es sei schön zu sehen, wie sich Krienserinnen und Krienser für ihr Quartier einsetzen und das Quartier vertreten. Speziell wichtig sei auch der Austausch von der Stadt zu den Quartieren und umgekehrt. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion finden die Idee des Postulanten gut, jedoch sei es aktuell noch ein bisschen zu früh. Das ganze Gebiet sei sich noch am Entwickeln und es braucht Zeit bis daraus ein Quartier entstehen kann. Denn schlussendlich braucht es auch der Wille der Bevölkerung. Es sei nicht die Aufgabe der Stadt dies zu initiieren. Es braucht engagierte Personen aus diesem Gebiet, welche bereit sind dies selbst in die Hand zu nehmen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass eine Annahme der Testplanung der Entstehung eines Quartiers im Herzen von Kriens, stark geholfen hätte. Schlussendlich sei Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion zufrieden mit dem Bericht zum Postulat und dem weiteren Vorgehen der Stadt Kriens .

Laut Michael Portmann wurde die heutigen Quartier 2013 definiert. Der Anlass war die Ortsplanung respektive die Raumplanung innerhalb der Bauzone in der Stadt Kriens. Michael Portmann habe persönlich im Budget 2018 zusammen mit einer Mehrheit im Einwohnerrat den Leistungsauftrag der Präsidialdienste, damit die Quartier- und Stadtentwicklung gefördert werden kann. Leider gibt es bis heute keine entsprechenden Kostenträger. Bei der Wirtschaftsförderung dagegen, von Michael Portmann 2019 eingebracht, gibt es einen Kostenträger mit Fr. 500'000.00. Kein Wunder, dass es in der Quartier- und Stadtentwicklung nicht vorwärts geht. Schauen wir den Stadtplatz an. Er soll belebt werden! Viele vom Einwohnerrat sind unzufrieden. Was könnte gemacht werden? Grundsätzlich wird ein solcher Platz dann belebt, wenn alle Gebäude um den Platz eine Gewerbenutzung im Erdgeschoss aufweisen. Die Überbauung am Mattenhof zeigt dies beispielhaft. Da werden immer mehr Gewerbenutzungen eingerichtet und es entsteht immer mehr Leben. Auch der Bahnhof hat dabei einen grossen Anteil. Kein Wunder, dass dort ein zweites Stadtzentrum entsteht, obwohl die Stadt Kriens und das Parlament selbst dort gar nicht präsent sei. Ok, das Unternehmen Mobimo hat den Vorteil, dass alles neu gebaut wurde und alle Plätze in der Überbauung als privat gelten. Der Stadtplatz dagegen gehört der Stadt Kriens. Die umliegenden Gebäude aber Privaten. Damit ist der direkte Einfluss schon mal weg. Der einzige Hebel, der noch bleibt, ist das Sanieren bestehender Gebäude. Aktuell wird ja eines der Mehrfamilienhäuser am Stadtplatz saniert. Mit der Baubewilligung hätte eine Gewerbenutzung im Erdgeschoss initiiert werden können. Damit wären ein weiteres belebendes Element auf dem Stadtplatz aktiv und würden beleben helfen. Im Lärmschatten des Bahnhöfli wäre vielleicht sogar eine gastronomische Nutzung möglich gewesen. Moment, und warum wird das dann nicht so umgesetzt? Richtig, es fehlt die Definition des Stadtzentrums, welches mit einem Quartier «Im Zentrum» entsteht. Und damit auch das Bewusstsein, wie es

belebt werden soll. Dazu gehört auch, dass die Quartier- und Stadtentwicklung aktiv definiert, wo Gewerbenutzungen sinnvoll wären, und dass abgeklärt wird, wie sie initiiert werden können. Das ist Standortmarketing vom feinsten und ebenfalls Wirtschaftsförderung mit dem angenehmen Nebeneffekt, dass ein belebter Stadtplatz entsteht. Langsamverkehr hat dann auch den Vorteil einer hohen Portemonnaie-Dichte, weil Fussgänger:innen eher stehen bleiben und etwas kaufen.

Bettina Gomer-Beacco möchte diese freiwilligen, welche das machen sollten, gerne sehen. Diese freiwilligen gibt es nicht mehr. In der Antwort stehe: «Ausserdem soll die Bildung eines Quartiervereins nicht von der Stadtverwaltung aufgelegt werden. Quartiervereine sind eine Interessensvertretung der Quartiere gegenüber der Stadt Kriens». Dies sei wahr, jedoch könnte man dies auch klar trennen. Bettina Gomer-Beacco ist bei der Kantonalbank in Kriens und hat dort einen Kundenberater, welcher ausschliesslich für die Interessen der Kunden sei. Dieser sei dafür zuständig, dass Bettina Gomer-Beacco gegenüber der Bank vertreten wird. Bis jetzt hat das ziemlich gut funktioniert. Man soll ehrlich sein und sagen «wir haben kein Geld dafür».

Laut Christine Kaufmann-Wolf möchte der Postulant einen Quartierverein im Zentrum der Stadt Kriens. Der Stadtrat habe sich damals dafür stark gemacht, dass dieses Postulat entgegengenommen wird. Cyrill Zosso habe ganz richtig erkannt, dass dies noch vor der Abstimmung mit der Testplanung war. Es wurde eine Katerstimmung erwähnt. Es sei sicher keine reine Katerstimmung, sondern am 14. Februar 2022 kam die Ablehnung der Testplanung. Mit dieser Testplanung an der Kantonsstrasse, wollte der Stadtrat eigentlich aktiv an die Attraktivierung herangehen. Dies kam jedoch anders und der Stadtrat respektiert dies und hackt deshalb in diesem Sinne ab. Der Stadtrat hätte das Resultat aus der Testplanung als Basis für die Zentrumsgestaltung nehmen können. Aktuell sei eine Einsetzung von einem neuen Quartierverein im Zentrum aus diversen Gründen sehr schwierig. Einerseits sind Sanierungen im Gange. Beim Zeierareal weiss man auch noch nicht was passieren wird. Beim Bell Areal muss man auch warten, bis das Projekt umgesetzt wurde. Man kann einfach noch nicht wissen, welche Personen dort einziehen. Das sei eine grosse Herausforderung, denn die Stadt Kriens weiss nicht, mit wem man einen Quartierverein bilden soll. Der Stadtrat hat einen sehr engen Austausch mit den Quartiervereinen. Deshalb hat er eine Rückfrage an die Präsidenten der Quartiervereine gemacht und wollte wissen, wie sie die Situation mit einem neuen Quartierverein im Zentrum beurteilen. Erstaunlicherweise haben alle abgewunken. Alle meinten, dass man keinen Vorstand und auch fast keine Mitglieder finde. Die angesprochenen Quartiervereine von Michael Portman, würde es eigentlich geben. Es werde jedoch einfach nicht gelebt, weil keine interessierten Personen vorhanden sind. Dies sei das Problem und die Herausforderung. Der Stadtrat kann künstlich einen Quartierverein ausrufen. Wen soll man dann jedoch miteinbeziehen, wenn man nicht weiss wer dort einziehen wird. Wenn die Projekte im Zentrum abgeschlossen sind, kann sicher etwas aufgelegt werden. Der einte Quartierverein gab dem Stadtrat eine sehr interessante Rückmeldung. Dieser wollte nicht, dass die Stadt Kriens mit dem neuen Quartierverein die wenigen Mitglieder des bestehenden Quartiervereins wegnimmt. Gottseidank hat die Stadt Kriens einen neuen, dynamischen und aktiven Quartierverein erhalten. Reto Felber hat im Mattenhof einiges bewegt. Dadurch, dass die Nachbarn abgeholt werden konnten, lebt dieser Verein. Der Verein sei so aktiv, dass sie sich mit dem Schweighof verbinden konnten. Hier musste der Stadtrat jedoch auch zuerst beim Quartierverein Kuonimatt nachfragen, ob es in Ordnung ist, wenn der Mattenhof und der Schweighof eigenständig sind. Der Stadtrat geht auch davon aus, dass sich die Anwohner vom Bell-Areal ebenfalls selber organisieren werden. Dann soll das Zentrum jedoch auch klar eingegrenzt werden, damit sie dann nicht beim Spitzmatt Quartier Leute abgraben. Der Stadtrat sei ganz klar für Quartiervereine. Es sei wichtig, dass es diese Vereine gibt und diese sollen auch lebendig sein. Der Austausch mit den Quartiervereinen sei sehr wichtig und der Stadtrat wird diesen weiterhin pflegen. Mit dem Zentrum sei man einfach noch zu früh.

Ordnungsantrag Michael Portmann: Beantragt RückkommenWird mit 13:9 Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Nein
Burkhardt-Künzler Anita	NICHT ABGESTIMMT
Camenisch Rätö	Nein
Durrer Ivo	Enthaltung
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Enthaltung
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Enthaltung
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Enthaltung
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Enthaltung
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	Ja

Michael Portmann habe folgenden Prüfauftrag im Postulat formuliert. Der Stadtrat prüft, ob und wie er mit einem neuen Quartier den ehemaligen Dorfkern zu einem Stadtzentrum weiterentwickeln kann. Michael Portmann halte hier fest, dass das Wort «Quartierverein» fehlt, weil es um eine rein räumliche Abgrenzung geht. Deshalb sei er von der nur auf Quartiervereine ausgerichteten Antwort des Stadtrats enttäuscht. Sein Prüfauftrag wurde komplett verfehlt und nicht erfüllt.

11. Bericht Postulat Solari: Kompetenz für Baubewilligungen ausserhalb der Bauzone

Simon Solari dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht, welcher leider sehr komplex formuliert wurde. Inhaltlich findet Simon Solari es komisch vom Stadtrat, weil er sich hinter dem Kanton versteckt. Die Baukontrolle ist im koordinierten Baubewilligungsverfahren nach PBG (Planungs und Baugesetz) Sache der Stadt. Die Anpassungen von kantonalen Verordnungen und Richtlinien, welche im Moment pendent sind, könnte zu einem positiven Ergebnis führen. Dies war aber nicht der Kern seines Vorstosses. Mit seinem Postulat wollte Simon Solari bewirken, dass neben einer fachlichen Beurteilung auch eine politische Beurteilung erfolgt. Diese Chance will der Stadtrat nicht wahrnehmen, was sehr schade sei. Der Einbezug einer Abteilung des Baum und Umweltdepartamentes ersetzt nicht den Zuzug des Fachgremiums.

Laut Hans Fluder sei das Projekt oberhalb des Schürhofs in der Verantwortung des Kantons. Diese „Betonpiste“, wie sie vom Postulant beschrieben wird, wurde von den Verantwortlichen des Kantons ausführlich abgeklärt und begutachtet, bevor die Bewilligung erteilt wurde. Früher war dies ein Karrweg und sehr gefährlich zu befahren. Diese Fahrrinne dient ausschliesslich der Landwirtschaft, Bauern welche ihre Felder und Wälder in dieser Umgebung bewirtschaften brauchen diesen festen Untergrund um unfallfrei zu ihren Parzellen zu gelangen. Ein seitliches Abrutschen eines Fahrzeuges kann fatale Folgen haben. Aufgrund des momentanen Zustandes sowie der Tatsache dass die Arbeiten noch nicht vollendet sind, kann man sich auch noch kein endgültiges Bild machen. Sobald alles beendet und bewachsen ist, sit die SVP-Fraktion überzeugt, dass sich die Spurrillen gut in die Landschaft einfügen werden.

Laut Matthias Erni ist die FDP-Fraktion von diesem Vergleich mit dem Schürhof etwas irritiert. Die kantonale Fachstelle für Landwirtschaft und Wald kam zum Schluss, dass auf diesem steilen Wegabschnitt Betonspuren aus Gründen der Bautechnik und der Befahrbarkeit mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen gerechtfertigt sind. Dass jetzt die Fachkompetenz vom Baudepartement in Frage gestellt wird, sei unpassend. Die Fachkompetenz zur Instruktion von Bewilligungsverfahren ausserhalb der Bauzone ist aus Sicht der FDP-Fraktion im Baudepartement vorhanden. Ein konsequenter Einbezug von dem geforderten Fachgremium bringt aus ihrer Sicht weitere bürokratische Hürden und ist - wie das vorliegende Beispiel zeigt, schlicht nicht nötig. Eine qualitativ hochstehenden Beurteilung der Bauten - ausserhalb der Bauzonen in die Landschaft – ist stets gegeben, solange die Abteilung Umwelt- und Sicherheitsdienste ebenfalls als beratendes Organ einbezogen ist. Weiter würde ein solch konsequenter Einbezug des Fachgremiums erheblichen Mehraufwand bedeuten. Dieser würde wiederum - aufgrund der bereits knappen Ressourcen - zu Lasten der Qualitätssicherung innerhalb der Bauzonen gehen. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung und sieht es mit diesem Bericht als erledigt an.

Viktor Bienz dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für diesen Bericht. Der Bericht zeigt die Kompetenzen- und Aufgabenteilung zwischen der Stadt Kriens und dem Kanton klar auf. Aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion gebe es seitens der Stadt Kriens keinen Handlungsbedarf. Der Kanton möchte ein einheitliches Verfahren in den Landwirtschaftszonen über alle Gemeinden im Kanton. Mit den Fachpersonen mit hohen Fachpersonen vertreten in den verschiedenen Fachgremien, möchte er alle Landwirtschaftsbetriebe gleichbehandeln. Beim angesprochenen Bauvorhaben handle es sich um ein Strukturverbesserungsprojekt für welches der Kanton wesentliche Unterstützungsgelder spricht. Solche Projekte werden von der Dienststelle Landwirtschaft und Wald sowie der Dienststelle Umwelt und Energie begleitet und beraten. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion findet, dass das Bau- und Umweltdepartement seine knappen Ressourcen nicht dafür verbrauchen soll.

Reto Felber dankt für die gute und ausführliche Antwort auf das Postulat Solari. Zusammengefasst sei zu sagen, dass keine Probleme gesucht werden sollten, wo auch keine Probleme sind. Was soll der Mehrwert davon sein, wenn die Kompetenz für Baugesuche ausserhalb der Bauzone an den Stadtrat überführt werde. Federführend sind in diesen Fällen so oder so die kantonalen Ämter und Kriens hat hier nur eine Kontrollfunktion. Der Prozess funktioniert momentan einwandfrei und dies zeigt auch das Beispiel, welches der Postulant gebracht hat.

Maurus Frey dankt für die Inputs auf den Bericht. Die Frage der Integration ins Landschaftsbild von landwirtschaftlichen Bauten sei ein wichtiges Thema. Im Postulat werde einen Lösungsansatz gefordert, welcher der Stadtrat nicht so angehen möchte. Es geht um die politische Beurteilung. Der Stadtrat findet auch, dass es eine politische Beurteilung benötigt, jedoch auch eine politische Instruktion für die zuständigen Fachstellen, damit die Integration ins Landschaftsbild abschliessend beurteilt werden kann. Kriens ist die Bewilligungsbehörde und es obliegt schlussendlich der Stadt Kriens ein Baugesuch zu bewilligen oder nicht. Es benötigt Grundlagen und Leitlinien, damit diese Integration sichergestellt werden kann. Die Stadt Kriens sei sehr gut aufgestellt und mit der neuen Abteilungsleiterin im

Umwelt- und Sicherheitsdienst hat die Stadt Kriens eine Fachfrau, welche Erfahrungen mitbringt mit Bauten ausserhalb vom Siedlungsgebiet. Der Stadtrat sei nicht uneinig mit dem Postulant beim Ruf nach einem Fachgremium. Der Stadtrat sei jedoch zurückhaltend. Es sei möglich, dass ein solches Fachgremium nach der anstehenden kantonalen Veränderung obligatorisch werde. Maurus Frey findet es wichtig, darauf hinzuweisen, dass in den verschiedensten Regionen vom Kanton Luzern Landwirtschaft betrieben werde. Auch die Stadt Kriens hat über 40 Landwirtschaftsbetriebe. Der Stadtrat wird den Einwohnerrat über die Weiterentwicklung in diesem Thema informieren.

Traktandum ist somit erledigt

12. Beantwortung Interpellation Lengwiler: Aussenbeleuchtung in Kriens – Potenzial zur Reduktion des Energieverbrauchs und Lichtverschmutzung

Beda Lengwiler dankt für die Beantwortung seiner Interpellation. Er sei zum ersten Mal enttäuscht über die Beantwortung. Nicht nur, weil die Zahlen und Fakten erschreckend sind, sondern auch, weil es ihm scheint, dass die Stadt Kriens sehr ausweichend antwortet und sich auf nicht aktuelle Zahlen von 2018 stützt. Sein Fazit möchte Beda Lengwiler gleich an den Anfang stellen. Eine Umstellung auf LED-Beleuchtung der Stadt Kriens ist nachhaltig und muss angestrebt werden. Die Umstellung sei nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch ökonomisch. Jährlich kann die Stadt Kriens nämlich bis zu Fr. 143'000.00 sparen, würde die Stadt auf LED-Lampen umstellen. Auf die Frage, wie die Stadt Kriens die Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED plane, antwortete die Stadt ausweichend mit «in den kommenden Jahren». Es scheint Beda Lengwiler, dass die Stadt Kriens keinen Zeitplan für die Umstellung hat. Dies stimmt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, speziell in der Situation, in der das Energiesparen ein wichtiges und aktuelles Thema ist, traurig. Beda Lengwiler fragt sich auf was Kriens warte. Auch mit schlechtem Licht, scheint es die Stadt Kriens zu sehen – es besteht Handlungsbedarf. Wenn man die Kosten der nötigen Investition mit den möglichen Ersparnissen in Relation setzt, erhält man, dass es sich finanziell bereits in 14 Jahren auszahlt diese Änderung vorzunehmen. Die Investition lohnt sich also. Die Gesundheit der Finanzen in Kriens sei nicht nur kurzfristig, sondern vor allem auch langfristig wichtig. Auch die Beantwortung über die intelligenten Beleuchtungen enttäuschten ihn ein wenig. Die Stadt Kriens weiss anscheinend, wo solche Beleuchtungen sinnvollerweise eingesetzt werden könnten. Es wird jedoch leider nicht gemacht. Der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei diese Thematik sehr wichtig. Sie sind der Meinung, dass die Stadt Kriens handeln muss. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion werde in Zukunft stark auf diese Thematik schauen. Denn es ist ihnen wichtig, dass die Lichtverschmutzung und die Energiekosten in Kriens reduziert werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion bittet den Stadtrat ihnen noch folgende Fragen zu beantworten: Wie sieht der Zeitliche Plan der kompletten Umstellung von Nah- auf LED-Lampen aus? Wieso hat der Stadtrat die Interpellation mit Daten aus 2018 beantwortet. Wie sehen die aktuellen Zahlen aus? Beda Lengwiler dankt dem Stadtrat im Voraus für die weiteren Ausführungen zur Beantwortung.

Laut Peter Stofer ist die Grüne/glp-Fraktion ebenfalls leicht enttäuscht über die Beantwortung. Die Fraktion stellt fest, dass dieses Thema schon lange diskutiert wird und es sei sehr wenig passiert, obwohl sich die Beleuchtungstechnik evolutionär weiterentwickelt hat. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass es kein Reglement zur Senkung vom Energieverbrauch und von der Verhinderung der Lichtverschmutzung in Aussenräumen bei Strassenbeleuchtungen benötigt. Da hat er evtl. Recht, jedoch benötige es eindeutig ein übergeordnetes städtisches Beleuchtungskonzept mit einer Bestandsaufnahme. Es soll ermittelt werden wo zu viel und wo zu wenig Licht vorhanden ist. Naturräume, welche auf Dunkelheit angewiesen sind sollen berücksichtigt werden. Zudem sollen die Ziele und Leitideen festgehalten werden. Die verschiedenen Interessen sollen im Austausch mit der Bevölkerung festgelegt werden. Zusammenfassend genügt es der Grünen/glp-Fraktion nicht, wenn einfach der Art. 41 vom BZV überprüft wird, solange nicht klar ist, was Kriens verfolgen möchte. Die Grüne/glp-Fraktion erwartet, dass mit dieser Ortsplanungsrevision ein städtisches Beleuchtungskonzept angestossen wird. Der Bund habe genügend Papier produziert, dass man nachschauen kann wie das angegangen werden soll.

Michèle Akermann bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation Lengwiler. Auf die Beantwortung möchte sie nicht gross eingehen, diese sei völlig nachvollziehbar und die Ausführungen plausibel. Es sei halt nicht einfach ein Auswechseln von Glühbirnen und die Umstellung benötigt wie dargelegt mehr Aufwand. Diese Umstände sind aber bereits seit sicher zehn Jahren bekannt. Michèle Akermann war vor dem Einwohnerrat Mitglied in der Umwelt- und Naturschutzkommission von Kriens und sie hatten einmal als Hauptthema, das Thema Licht in Kriens. Dabei wurden genau die Fragen, welche vom Interpellanten gestellt wurden, behandelt und beantwortet, wobei die Antworten auch immer noch gleich sind. Diese sind aus Sicht der SVP-Fraktion auch nicht ausweichend, sondern es macht schlicht kein Sinn funktionierende Steuergeräte und Glühbirnen wegzwerfen. Schliesslich haben diese auch etwas gekostet und es brauchte auch Strom um diese zu produzieren. In diesem Zusammenhang möchte Michèle Akermann aber auf ein anderes Thema eingehen, nämlich die vom Einwohnerrat zu behandelnden Geschäfte und der Arbeitsaufwand. So wird gerade im Zusammenhang mit der Einschränkung der Finanzkompetenz des Stadtrates von gewissen Fraktionen moniert, dass dadurch ein Mehraufwand für den Einwohnerrat entstehe der zu hoch sei, womit sie wiederum die Nichteinschränkung der Finanzkompetenz begründen wollen. Die Einwohnerräte verursachen aber einen grossen Teil ihres Aufwands selbst. Michèle Akermann wiederhole sich zwar und ihre Anmerkung werde nicht bei allen gut ankommen, dennoch möchte sie nochmal darauf hinweisen, dass sehr viele Fragen im direkten Austausch, durch Fragen in den Kommissionen oder schliesslich mit dem Instrument der Anfrage geklärt werden können. Dies spart nicht nur Kosten sondern auch Zeit für die Verwaltung und im Einwohnerrat. Sollte man die Antworten auf diesen Wegen nicht erhalten, dann kann man einen Vorstoss immer noch in den Einwohnerrat bringen.

Bettina Gomer-Beacco dankt für diese Anfrage, sie findet dies ein sehr spannendes Thema. Die Umstellung auf LED Lampen ist für die SP-Fraktion energietechnisch sehr erstrebenswert, es sei aber darauf zu achten, welche LED benutzt werden. Zwar sind jene mit viel Weisslichtanteil nachts besser für die Sichtbarkeit, da sie einen grösseren Kontrast herstellen, sie enthalten aber sehr viel Blau-Licht, welches für den Tag-Nacht-Rhythmus vom Mensch schlecht ist. Auch für Tier und Natur ist dies schlecht. Deswegen ist auf die entsprechenden Warmtöne zu achten. Daneben geht es bei der Beleuchtung nicht nur um Energie, sondern auch um den Umweltschutz. Man gehe davon aus, dass das Artensterben zu einem grossen Teil der Lichtverschmutzung geschuldet sei. Und leider, die Lichtverschmutzung nimmt Global zu, besonders in den Schwellenländern, aber auch in Kriens sei es beobachtbar. Spätestens ab Ende November erhellen sie wieder jeden Ecken: die Weihnachts-Beleuchtungen. Bettina Gomer-Beacco finde die auch herzig, teilweise aber einfach nur noch «Las Vegas». Die Lichter sind schnell gekauft, kosten praktisch nichts mehr und dank LED, bleibt auch die Stromrechnung tief. Natürlich kostet das die Stadt Kriens selbst nichts, aber Energiesparen sollten alle, wenn man ein Turnaround schaffen will. Das haben auch Kantonsrätinnen bereits erkannt. Übrigen, die Beleuchtung des Kleinfelds ist eine Katastrophe für alle Nachbarinnen und Nachbarn, obwohl, sie können sparen, sie brauchen keine eigenen Lichtquellen mehr. Anderes zum Thema Schaufenster- und Geschäftsbeleuchtung: hier gibt es noch sehr viel Potential. Der Pilatusmarkt löscht seine Lichter um 22:00 Uhr, auch die Weihnachtsbeleuchtung. Das wirkt vor allem gegen die Lichtverschmutzung und ist für Anwohnerinnen und Anwohner eine super Sache. Wenn Bettina Gomer-Beacco nachts vom Sonnenberghügel herunterschaut, sehe sie noch ähnliches Potential an vielerlei Stellen. Hier tut Aufklärung not, vielleicht mit direktem Kontakt. Weiter finde die SP-Fraktion die Antwort zur intelligenten Lichtsteuerung etwas speziell. Es stimme schlichtweg nicht, dass sich hierzu nur wenig befahrende Strassen eignen, die Frage sei nur wann und wie. «Licht nach Bedarf» heisst die Lösung, dies sehen immer mehr Ortschaften und Kantone so. Mit diesem System lässt sich sehr viel Energie sparen. Mehr dazu findet man zum Beispiel auf YouTube, hier zeigt der Kanton Bern, wie das gehen kann mit dem Videotitel: Dreimal sparen bei der Strassenbeleuchtung, wer nicht intelligent steuert verschenkt das Potential der LED «Licht bei Bedarf» heisst nämlich auch, dass Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrende nicht einfach im Dunkeln stehen gelassen werden. Das ASTRA habe seine Verantwortung gegen die Lichtverschmutzung wahrgenommen und viel Beleuchtung reduziert, so auch vor dem Kreisel Schlund. Jetzt habe es bereits seit ein paar Jahren beim Velo- /Fussweg am Chrummbach (Steinibach) bis zum Kreisel Ringstrasse/Steinibach (Marti) keine Beleuchtung mehr, was äusserst gefährlich sei. Leicht könnte man auf

Abwegen im Bach landen, besonders wenn dann im Winter zusätzlich noch länger mit Vereisungen gerechnet werden muss (Thema Schneeräumung). Es sei in der Nacht so dunkel dort, dass Bettina Gomer-Beacco auch glaube, dass viele Menschen Angst haben könnten. Genau deswegen wäre eine intelligente Steuerung ideal, wenn nicht sogar verpflichtend bei klar gekennzeichneten Velowegen ohne Strassenbeleuchtung. Zum Glück muss Bettina Gomer-Beacco fast sagen, hat der Pilatusmarkt, wie bereits erwähnt, bis 22:00 Uhr noch eine Werbebeleuchtung, die etwas Licht ins Dunkel bringt. Das «Licht bei Bedarf» Anwohner stört, wage Bettina Gomer-Beacco zu bezweifeln, eher stört eine helle Strassenbeleuchtung genau vis a vis. Wie unruhig nämlich eine, sich verändernde Lichtemission sei, hängt davon ab, wie sie gesteuert werde. Intelligent heisst eben nicht nur hell und dunkel - an oder aus - es gibt einige Nuancen dazwischen, welche hoch und runter gedimmt werden können. Daneben strahlen heutige Lichtquellen zum Glück nicht mehr in alle Schlafzimmer, sondern wie in der Beantwortung erwähnt, effizienter die Strasse darunter. Bewegungsmelder ums Haus, welche eine sich nähernde Gefahr melden, gibt es schliesslich auch an jeder Ecke. Viele haben einen Bewegungsmelder, damit sie erhellt ihren Parkplatz finden. Deswegen hatte Bettina Gomer-Beacco bis anhin noch keine schlaflose Nacht. Da es sich bei den zukünftig Reklamierenden aber anscheinend einzig um Männer handle, welche bei offenen Fensterläden einen schwachen Schlaf haben und sich gestört fühlen könnten (von Anwohnerinnen war in der Beantwortung nicht die Rede), findet Bettina Gomer-Beacco, dass man das Experiment durchaus starten könne, sobald es die Finanzen zulassen. Als Idee könnte sie sich einen Bogenweg vorstellen, dann kann man auch gleich den Velo- Fussweg am Bach erhellen. Fazit: in Kriens sei es entweder extrem hell oder sehr finster. Entweder Licht an oder Licht aus. Das sei weder Kosteneffizient noch Umweltgerecht. Statt also eine intelligente Lösung bereits auszuschliessen, wäre es interessant zu wissen, wo in Kriens Licht nach Bedarf verwendet werden könnte und wie lange es gehen würde, bis die Investition amortisiert wäre. Hervorragende Infos für alle gebe es auf Dark Sky Switzerland

13. Beantwortung Interpellation Albrecht: Erhöhung der Hort-Tarife sorgt für Diskussion

Aus Zeitgründen abtraktandiert

14. Fragestunde:

Aus Zeitgründen abtraktandiert

17. Verabschiedung Erich Tschümperlin

Anita Burkhardt-Künzler: «Mit dem Austritt von Erich Tschümperlin aus dem Krienser Rat verliert Kriens einen gewichtigen, prononcierten und sehr fachkundigen Einwohnerrat. Seit Januar 2007 vertritt Erich Tschümperlin die Grünen im Einwohnerrat Kriens. Sehr schnell hat er sich eingearbeitet und konnte mit seinen Anliegen Einfluss nehmen und Akzente setzen. Und Akzente setzte er zahlreiche. Besonders engagiert war Erich Tschümperlin im Bereich der nachhaltigen Energie. Es gelang ihm schon 2007 in Kriens Minergie für gemeindeeigene Gebäude durchzusetzen. Insbesondere in der Energiepolitik konnte er lange vor anderen Parteien aufzeigen, wie ein ökologischer Umgang mit Ressourcen am Ende Umwelt und Portemonnaie schont. Mit dem Slogan «Lieber einheimisches Holz statt Putin-Gas» erreichten die Grünen in einer Volksabstimmung schon 2015 den Einbau einer Pellet-Heizung im Kirchbühl Schulhaus – heute eine Selbstverständlichkeit, damals wahrhaftig visionär. Und 2016 wurde dank seinem Vorstoss doch noch eine Solaranlage auf dem Brunnmattschulhaus erstellt, nachdem dies der Gemeinderat zuerst nicht vorgesehen hatte. Schwerpunkte setzte Erich aber auch beim Kampf gegen das illegale Bauen im Hochwald und gegen die Zubetonierung und Zersiedelung der Landschaft. Und auch gegen das illegale Bauen in Kriens hat er sich gewehrt und dadurch ziemlich exponiert. Denn er hat dies auch schonungslos aufgezeigt, als dies die Gemeinde bzw. Stadt selbst betraf. Erich Tschümperlins Stärke dürfte seine finanzpolitische Linie sein: In der

Vergangenheit wurde die Finanzpolitik in der Politik auf reine Zahlenakrobatik reduziert. Erich Tschümperlin hat mit profunder Dossier-Kenntnis aufgezeigt, dass auch eine Finanzpolitik die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen muss. Ökologie und Soziales muss im wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Geldern immer gleichwertig mitgedacht werden. Mit einem übergrossen Fiebermesser, angeschlagen am Bahnhofli, hat er schon 2011 auf die Schuldenproblematik und die damit verbundenen Folgen aufmerksam gemacht. Wie immer mutig, manchmal unpopulär, aber immer der Sache dienend. In diesem Zusammenhang war er auch einer der Aufdecker der Misswirtschaft in der zweiten Hälfte der Umsetzung der Zentrumsplanung. Es ist ihm gelungen, über alle Parteien hinweg, eine Untersuchung in die Wege zu leiten. Dank seinem fundierten Engagement wurde er dann auch zum Präsidenten der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) gewählt.

Erich, wir danken dir für deinen grossen Einsatz zugunsten unserer Stadt Kriens!»

Erich Tschümperlin liest seine Abschiedsrede: «Als erstes, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich mich bei euch bedanken, und zwar für eure Geduld. Für eure Geduld und Nerven bei meinen Voten. Es war mir immer klar, dass nicht alle damit einverstanden waren und hin und wieder am liebsten in die Tischkannte gebissen hätten, wenn ich zur Finanzpolitik oder den Aufgaben der Stadt ausgeholt habe. Aber genau darum braucht es ein Parlament, damit möglichst viele, diverse Meinung und Ansichten zur Diskussion kommen. Nur so werden auch die Ansichten und Weltanschauungen unserer Wählerinnen und Wähler repräsentiert und sie fühlen sich auch vertreten durch uns. Und für diese Diskussionen braucht es dann ab und zu eine gehörige Portion Toleranz und Geduld, um den anderen, konträren Meinungen zuzuhören. Das macht die Arbeit im Parlament ja auch spannend, die eigene Meinung kennen wir ja bereits bestens. Im Parlament habe ich Leute kennen-, und auch schätzen gelernt, die ich sonst kaum getroffen hätte. Wir leben halt hauptsächlich in unserem gewohnten Umfeld, in unserer eigenen Blase. So gesehen war es eine sehr interessante Zeit für mich, die aber auch viel Aufwand mit sich gebracht hat. Wichtig war für mich in diesem Parlament war es immer, mit allen Leuten im Gespräch zu bleiben und Lösungen zu finden für unsere Probleme oder besser Aufgaben, die wir in Kriens zu lösen haben. Wenn man Lösungen will, muss man auch mit den vermeintlichen politischen Gegnern zusammenarbeiten. Das ist mir – oder besser gesagt uns Grünen – auch immer wieder gelungen, was mich auch freut. Dass ich dann hin und wieder gehört habe, dass dies unheilige Allianz seien, hat mich erstaunt und trifft den Kern der Sache nicht. Das ist nichts anderes als Sachpolitik, wo man für Sache einsetzt und mögliche Mehrheiten sucht. Und Sachpolitik ist ja etwas, dass sich die meisten Politiker gerne auf ihre Fahnen schreiben. Nur wenn wir mit allen im Gespräch bleiben, ist eine konstruktive Politik und gegenseitiger Respekt möglich. Und in dieser Hinsicht hat sich der ER – meiner Meinung nach – in den letzten paar Jahren ganz klar positiv entwickelt. Bei meinem Eintritt in den ER waren die Voten hin und wieder unter der Gürtellinie und nicht selten sogar despektierlich. In diesem Sinne wünsche ich euch, dass ihr aufeinander zugeht, im Gespräch bleibt und Anknüpfungspunkte sucht. Die anstehenden Probleme können nur mit einem minimalen Konsens gelöst und damit ein Stillstand vermieden werden. Und nur so gelingen mindesten kleine Schritte. Ich wünsche Euch weiterhin viel Erfolg und alle Gute.»

Schluss

Anita Burkhardt-Künzler dankt allen Mitgliedern für die Sitzung. Es war die letzte Sitzung welche Anita Burkhardt-Künzler als Einwohnerratspräsidentin leiten durfte. Das Jahr war abwechslungsreich und sehr toll. Anita Burkhardt-Künzler dankt für die Unterstützung, es war ihr stets eine Freude die Sitzungen zu leiten. In diesem Sinne schliesst die Einwohnerratspräsidentin die heutige Sitzung und wünscht allen eine erholsame und politfreie Ferienzeit

Man trifft sich anschliessend im Restaurant Grünen Boden zum Ausklang.

Die nächste Sitzung findet am 1. September 2022 statt. Es ist die Konstituierenden Sitzung.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

Räto Camenisch

Der Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Des Protokollführers

Sascha Frevel